

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,00 M. monatlich 1,10 M.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interfions-Gebühr
Beträgt für die hochgehaltene Kolonien-
zeile oder deren Raum 20 Pf. für
politische und gesellschaftliche Artikel
und Besprechungen 10 Pf.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Donnerstag, den 23. Dezember 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Kämpfe auf dem Hartmannsweilerkopf.

Die Wahlen in Griechenland.

Obwohl die jetzt stattgefundenen Wahlen in Griechenland unter Selbstauswahlung der bisher stärksten Partei, der Venizelospartei, vor sich gegangen sind, kann ihnen eine gewisse geschichtliche Bedeutung nicht abgesprochen werden.

Schon die einzelnen Etappen dieses innerpolitischen Kampfes in Griechenland, der gleichsam in Gestalt eines Zweikampfes zwischen Venizelos und dem König Konstantin fortwährend in die Erscheinung trat, sind sehr lehrreich.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 22. Dezember 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Franzosen griffen am Nachmittag ansehnliche Stellungen am Hartmannsweilerkopf und am Hirzstein (nördlich von Wattweiler) unter Einsatz erheblicher Kräfte an.

Auf der übrigen Front bei anstichigem Wetter und Schneetreiben nur geringe Gesechtstätigkeit.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 22. Dezember. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 22. Dezember 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Stellenweise Artilleriekämpfe und Geplänkel.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Tätigkeit der italienischen Artillerie gegen die Tiroler Südfrent hält an. Auch an den übrigen Fronten stellenweise vereinzelte Geschützschüsse.

Südböhmischer Kriegsschauplatz.

Bei Jpfel wurden neuerlich neunundsiebzig von den Serben vergrabene Geschütze erbeutet. Diese Zahl dürfte sich noch erheblich steigern.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Dose, Feldmarschallleutnant.

und Kadakka) die Bulgaren furchtbar erditterte. An Stelle des Balkanbundes wurde nun das griechisch-serbische Bündnis das Rückgrat der Politik Venizelos auf dem Festlande.

werde, 2. daß mit Bulgarien ein vertraglich gesichertes friedliches Verhältnis erzielt werden könne, 3. daß Südbalkanien mit seiner starken griechischen Bevölkerung Griechenland angegliedert werden könne und 4. daß vor allem Italien von den Inseln im östlichen Mittelmeer und aus Albanien verdrängt werden müsse.

Nahst man alle diese, auch dem einfachsten Mann: aus dem Volke zugänglichen, Berechnungen und Erwartungen zusammen, so kann man leicht verstehen, wie es kommen konnte, daß die Volkstimmung in Griechenland sich in so kurzer Zeit zugunsten der Politik Venizelos und zugunsten einer streng durchgeführten Neutralität gewandelt hat.

Eine Friedensinterpellation im Schweizer Nationalrat.

Bern, 22. Dezember. (W. L. B.) Im Nationalrat legte heute Greulich-Zürich im Namen der sozialdemokratischen Fraktion die folgende Interpellation vor:

„Bedenkt der Bundesrat allein oder mit den Regierungen anderer Länder den Kriegsführenden seine guten Dienste anzubieten zur baldigen Herbeiführung eines Waffenstillstandes und Einleitung von Friedensverhandlungen?“

Zu einem ausreichenden Ergebnis geführt hat. Der Bundesrat hält dafür, daß das heute noch nicht der Fall ist. Man wird es verstehen, wenn er in eine Darlegung der Gründe, die zu dieser Auffassung der Sachlage führen, an diesem Orte nicht eintreten kann. Dessen aber dürfen wir Sie versichern, daß wir mit gespannter Aufmerksamkeit die Entwicklung der Dinge verfolgen und uns glücklich schätzen würden, wenn unser kleines Land, getragen von den Sympathien, die es mit den kriegführenden Nationen verbindet, getreu seiner traditionellen neutralen Stellung und in völliger Uneingemisshheit auch nur in bescheidenem Maße dazu beigetragen vermöchte, den ersehnten dauerhaften Frieden herbeizuführen.

Ueber die Antwort des Bundesrats fand keine Erwiderung statt. Derselbe erklärte sich von der Antwort des Bundesrats befriedigt.

## Der französische Generalstabschef in Saloniki

Mailand, 22. Dezember. (W. Z. V.) Der Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera“ berichtet aus Saloniki, General Castelnau sei mit dem Panzerkreuzer „Ernest Renan“ eingetroffen und habe sofort mit General Sarrail eine Unterredung gehabt. Sein Besuch im gegenwärtigen Augenblick habe Bedeutung. Die beste Erklärung zu dem Entschluß Castelnaus, sich persönlich mit Sarrail ins Einvernehmen zu setzen, sei die anwachsende Anlauf- und Auslastung von Truppentransporten und Kriegsmaterial. Vielleicht werde erst jetzt ein eigentliches Expeditionskorps organisiert werden.

## Oesterreichischer Flieger über Skutari.

Utinje, 21. Dezember. (W. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Ein österreichischer Flugzeug überflog am 17. Dezember Skutari und warf drei Bomben ab, die zwei serbische Flüchtlinge töteten.

## Seegefecht bei Varna.

Sofia, 22. Dezember. (W. Z. V.) Meldung der bulgarischen Telegraphenagentur. Wie die Blätter melden, näherten sich gestern vier russische Torpedobootzerstörer, die die rumänischen Häfen überwachen, einem bulgarischen Torpedoboot, das vor dem Kloster des heiligen Konstantin bei Varna den Wachdienst versah. Die russischen Einheiten feuerten auf das bulgarische Torpedoboot, das das Feuer erwiderte. Auch die Küstenbatterien beteiligten sich am Kampfe. Kurz darauf dampften die Torpedobootzerstörer davon. Das bulgarische Torpedoboot ist unverletzt geblieben.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 21. Dezember. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von heute nachmittag. Das Geschützfeuer hat sich im Laufe der Nacht merklich verlangsamt. Im Artois nordwestlich von der Höhe 140 liegen die Deutschen vor unseren Schützengräben eine Mine springen, die keinen Schaden verurteilt; wir besetzten den Rand des Sprengtrichters. Zwischen Somme und Aisne einige Kämpfe zwischen Aufklärungsabteilungen. In der Gegend von Libons wurde eine feindliche Aufklärungsabteilung unter unser Feuer genommen; sie floh und ließ einige Verwundete in unserer Hand. Auf der Hochfläche von St. Eloi südlich von Moulins sous Touvent zerstörten unsere Schützengrabenanlagen einen deutschen Posten. In Lothringen einige erfolgreiche Schüsse unserer Artillerie auf Ebancourt und Blamont, wo Truppenbewegungen gemeldet waren.

Paris, 21. Dezember. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von heute abend. Schlechtes Wetter schränkte die Kriegstätigkeit auf dem größten Teile der Front in Belgien und zwischen Soissons und Reims ein; unsere Artillerie beschloß die Aufgraben und Verbindungswege und zerstörte Lebensmitteltransporte des Feindes. In der Champagne wurden die deutschen Werke am Hügel von Le Vesnil beschossen. Ein Störungsfeuer auf die vorstrebende Stellung des Feindes von Hautrieux, nördlich von Pont-a-Mousson hatte ein gutes Ergebnis. In den Vogesen führte ein durch Artillerie vorbereiteter glücklicher Vorstoß unserer Truppen am Hartmannswillerkopf zur Befreiung eines ansehnlichen Teiles der Werke des Feindes, bei welcher wir Belagene lebten.

Belgischer Bericht. Nüchternster Artilleriekampf an der Westfront. Unsere Batterien beschossen alle deutschen Werke nördlich von Dignamuid und den vorgeschobenen Posten Dentone; ein Blockhaus auf dem Herbeich wurde durch unsere Geschosse vollständig zerstört. Die feindlichen Lager Essen und Clerden wurden stark beschossen.

## Die englische Meldung.

London, 21. Dezember. (W. Z. V.) Aus dem britischen Hauptquartier wird berichtet: Es wurde weiter um den Besitz der Trichter, die durch die Explosion deutscher Minen gegenüber von Armentières entstanden, gekämpft. Heute machte der Feind zwei kräftige Versuche, um die Trichter zu besetzen. Beide wurden nach erbitterten Bombenkämpfen zurückgewiesen. Der Feind, der sich starke Verluste gab, erlitt schwere Verluste.

## Zoffe über die militärische Lage.

Genf, 22. Dezember. (Z. U.) Der französische Generalstabschef Joffre hat kürzlich nahezu 14 Tage lang in Paris gewohnt, wo er die Beratungen des geheimen Kriegsrates der Verbündeten leitete. Bei dieser Gelegenheit ist Joffre, der sonst die parlamentarischen Kreise meidet, mit verschiedenen Mitgliedern des ständigen Kommerzausschusses im Palais Bourbon in Verbindung getreten und hat sich ihnen gegenüber über die Kriegslage geäußert. Wie man erzählt, bezeugte er die Kriegslage im Westen als befriedigend, warnte jedoch die Regierung und die Kammermitglieder, sich allzu großen Hoffnungen auf eine Offensive der Verbündeten zu machen. An den genügenden englisch-französischen Streitkräften, die dazu notwendig sind, fehle es zwar nicht, aber die Offensive werde in diesem Augenblick mit so gewaltigen Verlusten verbunden sein, daß er die Verantwortung hierfür nicht übernehmen könne. Bloß um die erste deutsche Linie in der Champagne zu durchbrechen, müßten 150 000 Soldaten geopfert werden. Ebenso viele für das Durchbrechen der zweiten deutschen Linie und 100 000 Mann für die dritte Linie. Der Versuch würde also 400 000 Soldaten kosten, und dann stünde erst noch die Offensive zur Befreiung Belgiens bevor. Deshalb rät Joffre zum Warten, bis durch das Eintreffen der Millionen Rütchens die englisch-französische Streitmacht im Westen eine derartige Verstärkung erlangt hat, daß ein erster deutscher Widerstand nicht mehr möglich sein werde. Dies werde vor April oder Mai 1918 nicht mehr der Fall sein.

Bezüglich des Balkanfeldzuges vertrat Joffre in Paris ursprünglich den Standpunkt, daß es, da Serbien doch nicht zu retten ist, besser wäre, das Saloniki-Unternehmen aufzugeben und die gesamten daran beteiligten 100 000 Mann Franzosen nach der Westfront zu schicken. Dann ließ er sich aber durch Briand's Einspruch über den Verlust des Prestiges der Verbündeten von der Notwendigkeit überzeugen, den dortigen Feldzug fortzusetzen, aber nur unter der Bedingung, daß die Verbündeten instande sind, mindestens eine Streitmacht von 500 000 Mann in und um Saloniki zu vereinigen. Dies wurde ihm zugesagt. Aber aus allen seinen Äußerungen über den mazedonischen Feldzug geht hervor, daß Joffre nicht an das Gelingen desselben glaubt und sein Unterbleiben lieber gesehen hätte.

## Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 21. Dezember. (W. Z. V.) Amtlicher russischer Bericht.

Westfront. Unsere Flieger warfen mit Erfolg Bomben auf die rückwärtigen Verbindungen des Feindes in der Gegend von Bobuzitsch und Komai östlich Swengianj (27 km); unter den Trains entstand eine Verwirrung.

In Galizien verhielt der Feind auf der Front von Kowalewicz, Buczac und östlich von Jaleszczki mit kleinen Abteilungen anzugreifen, wurde aber überall durch Feuer abgewiesen. Kaukasusfront. Keine Veränderung.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 21. Dezember. (W. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht vom Dienstag. Im Osten von Plezzo hatte der Feind, durch Nebel begünstigt, sich einer unserer gegen den Gebirgsbach Korinica vorgeschobenen Stellungen bemächtigt und sie dann mittels Minen verteidigt. In der Nacht vom 18. zum 19. Dezember eroberte eine unserer Infanterieabteilungen durch eine glückliche Ueberwachungs-Unternehmung die verlorene Stellung zurück, bevor es dem Gegner gelang, seine Minen zur Explosion zu bringen. Auf der übrigen Front ist die Lage unverändert. Cadorna.

## Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 22. Dezember. (W. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Trassfront, bei Kut el Amara, versenkte unsere Artillerie zwei feindliche Monitore und verursachte durch einen Volkstreff eine Explosion bei einem anderen Monitor. Unsere Truppen näherten sich auf der ganzen Nordfront dem Stacheldrahtverhaue der besetzten feindlichen Stellung.

An der Kaukasusfront kosteten die feindlichen Angriffe in der Gegend von Jd am 20. Dezember dem Feinde einen Verlust von acht Offizieren und 300 Mann, während unsere Verluste nur ein Drittel dieser Zahl betragen.

An der Dardanellenfront, bei Sedd ul Bahr, zeitweiliger Artillerie-, Bomben- und Lusttorpedokampf. Unsere Batterien auf der anatolischen Küste der Meerengen beschossen erfolgreich Mortoliman und die Landungsstellen von Letke-Burun; sie versenkten bei Mortoliman zwei kleine Boote sowie bei Letke ein kleines Munitionsschiff und trafen ferner ein Lastboot. In einem einzigen der vom Feinde gesäuberten Abschnitte fanden wir Lebensmittel aller Art, die für die Verproviantierung eines ganzen Armeekorps für lange Zeit ausreichen, sowie eine Million Sandsäcke, ungefähr tausend Zelte, fünfshundert Wolldecken, vierhundert Tragbahnen, tausend Konservendosen, fünfzig Benzinfässer, einen Motor bei Aghinedere, sowie eine Menge in der Erde vergrabene Mörsergeschosse, ferner dreihundert Kilometer Telephondraht und 180 Meter Stacheldraht. Wir konnten die Munition, Kleidungsgegenstände und sonstiges erbeutete Material noch nicht zählen.

## Die zweite amerikanische „Ancona“-Note an Oesterreich.

Wien, 22. Dezember. (W. Z. V.) Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die zweite amerikanische Note in der „Ancona“-Frage ist eingetroffen. Sie ist vom amerikanischen Botschafter bereits im Ministerium des Äußern überreicht worden.

## Englisch-schwedische Verstimmungen.

Die Befreiung Serbiens und damit die Durchbrechung der hinderlichen Verkehrsbarriere, die bisher Mitteleuropa von Bulgarien und dem Osmanischen Reich trennte, haben dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn einen wertvollen Handelsweg nach dem Orient eröffnet. Die Absperzung der verbündeten mitteleuropäischen Mächte vom Weltmarkt hat eine Durchlöcherung erfahren. In die Blockade der englischen Flotte ist dadurch eine ansehnliche Lücke gerissen, und der schöne Plan der englischen Regierungskreise, die Bevölkerung Deutschlands auszuhungern, hat heute noch weniger Aussicht auf Erfolg, als vor dem Beginn der Kriegsoperationen auf dem Balkan.

Je mehr aber England in letzter Zeit sehen mußte, daß sich im Südosten die Blockade lockerte, desto mehr suchte es im Norden die Mittelmächte von der Zufuhr abzusperrn und seine Kontrolle über den Außenhandel Hollands und der skandinavischen Länder zu vervollständigen, damit nicht Deutschland auf dem Wege über diese Staaten irrendwelsche Lebensmittel und Rohstoffe erhalte. Nachdem zu diesem Zweck der holländische Überseezoll sowie der Schweizer Einfuhrzoll geschaffen und mit Dänemark ein Handelsabkommen getroffen war, das die Wiedereinfuhr einer langen Reihe von in Dänemark eingeführten Waren nach Deutschland beschränkt und verhindert, sollte nun auch Schweden, das sich bisher gegen die Kontrolle seines Außenhandels durch England heftig gestraut hatte, durch die Errichtung eines unter englischer Aufsicht stehenden Durchfuhrhandelsstruists beglückt werden.

Am 23. November veröffentlichten die beiden schwedischen Blätter „Aftonbladet“ und „Nya Dagligt Allaanda“ den allgemeinen Aussen erregenden Plan der Errichtung einer Handelsaktiengesellschaft „Transito“, als deren Leiter der Direktor Axel Bildt in Stockholm und Kommerzienrat Lars Krogius in Helsingfors genannt wurden, zwei Personen, hinter denen aber, wie in Schweden allgemein bekannt ist, die beiden Gesandten Großbritanniens und Russlands stehen. Eine Tatsache, die Herr Bildt selbst in einem von der schwedischen Presse wiedergegebenen Schreiben zugesteh, in dem es heißt: „Zwischen mir und der hiesigen englischen bzw. russischen Gesandtschaft ist ein Abkommen getroffen, wonach der Transport aller Waren nach und von Russland im Transit durch Schweden fortab durch Vermittelung der Aktiengesellschaft Transito zu erfolgen hat.“

Wie schon diese Beilen belagen, sollte eine Monopolgesellschaft zur Uebernahme des Durchgangsverkehrs von England nach Russland über Schweden und umgekehrt von Russland nach England geschaffen werden. Für alle Waren, die von England bzw. über England nach Russland versandt werden sollten, wurde durch verschiedene Bestimmungen ein bestimmter Weg festgesetzt. Künftig sollten sie nicht mehr über Götterburg—Stockholm gehen, sondern von bestimmten, die Sicherheit einer genauen Kontrolle bietenden englischen und norwegischen Dampferlinie nach norwegischen Häfen gebracht, dort von der neuen Transitgesellschaft übernommen und auf vorgezeichnetem Wege nach Finnland weiterbefördert werden, und zwar sollte der Transport über die Ostsee wieder nur

durch zwei zuverlässige Reedereien besorgt werden, im erster Linie durch die Finska Angfartsgesellschaft, an deren Spitze der schon erwähnte Kommerzienrat Lars Krogius steht.

Durch diese Transitgesellschaft hätten jedoch die englische und russische Regierung resp. Vertreter nicht nur eine genaue Kontrolle über den Handelsverkehr ihrer beiden Länder erlangt, sondern auch — und dies war der eigentliche Zweck der ganzen Wachsenschaft — über die Wiederausfuhr der in Schweden eingegangenen fremden Waren, besonders über die Wiederausfuhr nach Deutschland. Formell richtet sich zwar die „Transito“-Gründung nicht direkt gegen Deutschland; aber um den Durchgangsverkehr nach Russland möglichst allein in die Hand zu bekommen und eine Einschmuggelung fremder Waren auf anderem Wege in Finnland zu verhindern, sollten die nicht über England in Schweden eingehenden Waren aus Amerika, Frankreich, Spanien, Italien von der Transitgesellschaft überwacht und, soweit sie für Russland bestimmt sind, möglichst von ihr zum Weitertransport übernommen werden. Dadurch hätte die Leitung der Transitgesellschaft nicht nur erfahren, was in Schweden eingeht und woher es kommt, welche Exporteure und Verfrachter also den Einfuhrweg über England meiden; es hätte sich auch mit der Uebernahme des Weitertransports leicht feststellen lassen, was in Schweden bleibt, sei es nun, um im Lande selbst verbraucht oder wiederausgeführt zu werden. Einmal soweit, würde aber einer einigermaßen geschickten Nachforschung und Spionage auch die Ermittlung der Warenarten und Warenmengen nicht allzu schwer fallen, die von der vorläufig in Schweden verbliebenen Einfuhr später zur Wiederausfuhr gelangen. Da es doch bisher schon nicht an einer ausgebeuteten englischen Handelsespionage in Schweden gefehlt, so daß sich die schwedische Regierung trotz ihrer Duldsamkeit genötigt sah, einer Anzahl solcher englischer Nichtregierungsleute, die in den schwedischen Hafenstädten von Götterburg bis Sundsvall ihr Wesen trieben und die Schiffsverfrachtungen bespionierten, kurzweg auszuweisen.

Der schöne Plan, mittels der Monopolisierung des englisch-russischen Durchgangsverkehrs den deutschen Handel mit Schweden gänzlich zu unterbinden, ist jedoch mißglückt. Die ohnehin gegen die fortwährenden Verlastigungen und Schiffrückstellungen des schwedischen Handels aufgebracht schwedische Großkaufmannschaft protestierte, besonders jene Handels- und Reedereikreise, die durch die Maßnahmen der Transitgesellschaft vom englisch-russischen Handels- und Schiffsverkehr ausgeschlossen worden wären, voran die „Seefahrtsvereinigung“. Aber auch verschiedene Handelskammern und sonstige kaufmännische Korporationen legten Verwahrung ein, darunter die Stockholmer Handelskammer. Das Ministerium Kommarisköld-Bollenberg hat darauf gegen den „Transito“-Trust Stellung genommen. Noch ist die Angelegenheit nicht entschieden, doch ist kaum daran zu zweifeln, daß die englische und russische Regierung den Zweck, den sie mit dieser Gründung verfolgten, nicht erreichen werden.

In ihrem Keger über die Zerstörung ihres schönen Planes hat die englische Regierung zu einer höchst unklugen Maßregel gegriffen: sie hat die amerikanisch-schwedische Paketpost mit Beschlag belegt. Auf Denunziationen hin, die den englischen Behörden von Espionen aus Kopenhagen und Stockholm zugegangen sein sollen, wurden einige schwedische Dampfer nach England verschleppt und ihrer Paketpost beraubt.

Diese ewige Schiffrückerei Schwedens durch England hat endlich das Faß zum Ueberlaufen gebracht: der schwedische Staatsrat hat am 16. d. M. unter Vorsitz des Königs den Beschluß gefaßt, zu Vergeltungsmahregeln zu greifen und zunächst die in Schweden befindlichen englisch-russischen Postpaketsendungen ebenfalls zu beschlagnahmen.

Die englische Konfiske hat in Schweden allgemeine Verstimmung ausgelöst. Selbst die Blätter, die bisher im englisch-französischen Fahrwasser segelten und für jede Gewaltregel Englands gegen die kleinen neutralen Staaten eine Entschuldigung herausfanden, sind über diesen Streich ergrimmt. Sogar das von Branting im englandfreundlichen Sinne geleitete Stockholmer Parteiblatt „Sozialdemokraten“ meint, wie aus Stockholm berichtet wird: „Der Versuch steht still vor einer solchen Zensurausübung. Die englischen Behörden verfahren so, als ob sie ihren ärgsten Feinden einen Dienst erweisen wollten.“ H. O.

## Landsturmeinberufungen in Oesterreich.

Wien, 22. Dezember. (W. Z. V.) In den nächsten Tagen wird eine Kundmachung verlaublich werden, wonach die bei den Rüstungen zum Dienst mit den Waffen geeigneten besondener österreichischen Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1871 und 1870 für den 17. Januar 1918 und die Geburtsjahrgänge 1865, 1866 und 1867 für den 21. Januar 1918 einzurücken haben. Die Einrückung des zweiten Aufgebots erklärt sich aus dem Bestreben der Militärverwaltung, die ältesten Jahrgänge bis auf weiteres im Hinterlande und den Stappenräumen zu verwenden, während allerdings die jüngsten Jahrgänge des zweiten Aufgebots vorwiegend noch als Ersatz für die Front in Betracht kommen dürften. Zur Erreichung der ersten Absicht erscheint es erforderlich, alle noch im Hinterlande und den Stappenräumen befindlichen jüngeren frontdiensttauglichen Elemente durch Landsturmpflichtige der ältesten Jahrgänge abzulösen. Angesichts der volkswirtschaftlichen Bedeutung gerade dieser Jahrgänge wurde in Stattgebung von Enthebungsanträgen bezüglich dieser Kategorien viel weiter gegangen als bezüglich der jüngeren Jahrgänge. Die Einrückungsbestimmungen werden der Einberufungskundmachung zu entnehmen sein. Die außerhalb der Monarchie gemusterten österreichischen Landsturmpflichtigen werden im Wege der 1. und 2. Vertretungsbehörden in Kenntnis gesetzt, wann sie einzurücken haben.

## Aus der französischen Sozialdemokratie.

Die „Libre Parole“ vom 7. Dezember schreibt, die beiden Zimmerwalder Deputierten hätten ihre Teilnahme an dieser Betsprechung rechtfertigen wollen. Eine geplante öffentliche Versammlung sei allerdings verboten worden, dagegen habe Bourderon seine Ansicht in einer geschlossenen Versammlung vor dem gesamten sozialistischen Generalstab und dem Minister Sembat dargelegt. Soweit man höre, habe er die Haltung der Mehrheit heftig bekämpft und den Rücktritt der sozialistischen Minister gefordert. Nach einem vergeblichen Vermittelungsversuch Sembats habe Bourderon erklärt: „Von heute ab gibt es eine grundsätzliche getrennte Minderheit in der Partei.“

Diese Minderheit entfalte eine rege pazifistische Tätigkeit, und fragt, was ein Mitglied des Ministeriums der nationalen

Verteidigung in einer Versammlung zu tun habe, was man über den Frieden berate? Die offiziöse Presse mache sich Hoffnungen wegen der Duldung der deutschen Sozialdemokraten, die in Wirklichkeit keinen Einfluß hätten, sie solle lieber dafür sorgen, daß die französischen Sozialisten eine würdigere Haltung einnehmen.

Paris, 21. Dezember. (W. L. V.) Nach der „Guerra Sociala“ gestaltete sich der gestrige Kongreß der Fédération Socialiste de la Seine zur Vorbereitung eines Antrages für den nationalen Kongreß, der in acht Tagen in Paris stattfinden soll, zu einer lebhaften, oft lärmenden Sitzung, besonders bei Erörterung der Fragen bezüglich des zukünftigen Friedens und der Beziehungen zu den verschiedenen Sektionen der Internationale. Der Deputierte Longuet hielt in der Regelung der elfhäftigen Frage eine Verknüpfung der Bevölkerung für notwendig. Er erklärte sich ferner für einen nicht zu frühen, aber auch nicht zu späten Friedensschluß. Der Deputierte Laval äußerte, daß es im Interesse Frankreichs sowie der Arbeiterklasse vielleicht eines Tages nötig werden würde, den Londoner Vertrag nicht mehr zu beachten. Schließlich fand die meisten Anhänger ein vom Deputierten Renaudel beantragter Beschluß, wonach die Fortsetzung des Krieges bis zur Niederwerfung des deutschen Imperialismus nötig und Beziehungen erst wieder angeknüpft werden sollten, wenn die deutsche Minderheit sich vollständig von der Scheidemännischen Mehrheit getrennt haben würde, und wonach die Herstellung des alten Rechtszustandes von Elfsah-Vorbringen eine Bedingung für den Frieden sei. 6000 Stimmen waren für Renaudel, 8800 für Longuet.

### Asquith zu den Reichstagsverhandlungen.

London, 21. Dezember. (W. L. V.) In der gestrigen Unterhausung fragte Hyles, ob die Regierung aus den neuerlichen Verhandlungen des deutschen Reichstags und den Reden des Reichskanzlers Anzeichen entnehme, daß bei dem Hauptgegner Stimmung dafür sei, die Austragung der Fragen, welche den Krieg veranlaßt hätten, vom Schlachtfeld in das Konferenzzimmer zu verlegen, und ob die Regierung ein Eingehen auf solche Stimmung angebracht finde.

Premierminister Asquith erwiderte, der Fragesteller sei ebenso gut, wie der Leiter der Regierung, in der Lage, seine Schlüsse aus den Reichstagsverhandlungen zu ziehen; er habe seiner Erklärung vom 8. Dezember nichts hinzuzufügen.

Thorne (Arbeiterpartei) fragte, ob die Beleuchtungsbeschränkungen in London vom 21. bis zum 27. Dezember aufgehoben werden könnten; der Staatssekretär des Innern Simon lehnte das ab wegen der Zeppelinge-fahr.

### Asquith für die Fortsetzung des Krieges.

London, 21. Dezember. (W. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Premierminister Asquith brachte im Unterhause den Antrag ein, die Regierung zu ermächtigen, das Heer um eine Million Mann zu vermehren. Er teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß nur eine geringe Menge von Vorräten und sechs Kanonen in der Subalpa zurückgelassen wurden, und daß vor dem Abzuge der Truppen alles vernichtet worden sei. Ferner teilte er mit, daß Sir William Robertson, bisher Chef des Stabes in Frankreich, an Stelle Sir Archibald Murray's, der ein wichtiges Kommando erhielt, Chef des britischen Stabes wurde. Die kürzlich in Paris abgehaltene militärische Konferenz habe zu einigen wichtigen Beschlüssen geführt. Die Verbündeten erhofften von diesen Konferenzen eine engere Zusammenarbeit und eine kräftigere Durchführung ihrer Pläne. Die Verbündeten seien entschlossen, den Krieg zu gewinnen. Sie wollten von einem Sonderfrieden nichts wissen. Der Krieg nehme einen für sie immer günstigeren Verlauf.

Hierauf erklärte Redmond, das Haus habe mit großer Begeisterung gehört, wie günstig die Dinge an den Dardanellen sich abgewickelt hätten und daß die Tapferen, die dort so viele Beweise von Heldennut gegeben hätten, ihren Rückzug so erfolgreich bewerkstelligt hätten. Ueber Derby's Verbelampagne erklärte Redmond, aus den Doffern sei zu ersehen, wie fest entschlossen fast die ganze Bevölkerung Großbritanniens sei. Der moralische Erfolg werde in der ganzen Welt sehr bedeutend sein. Er werde seiner Mahregel Widerstand entgegensehen, durch die der Krieg einen günstigen Ausgang geführt werden könne, und die Auffassung des irischen Volkes sei dieselbe. Er sei aber nicht überzeugt, daß die Wehrpflicht notwendig geworden sei.

London, 22. Dezember. (W. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Das Unterhaus hat die Gesetvorlage, die eine Vermehrung des Heeres um eine Million Mann vorsieht, einstimmig angenommen.

### Lloyd Georges Mahnung an die englischen Arbeiter.

London, 21. Dezember. (W. L. V.) Unterhaus. Am Schlusse seiner schon gemeldeten Rede sagte Lloyd George: Wir brauchen Arbeiter für die neuen Fabriken. Hunderttausende Maschinen neuester Beschaffenheit zur Herstellung von Maschinengewehren bleiben unbenutzt, weil es uns an Arbeitern fehlt. Wir brauchen für die neuen Fabriken 80 000 gelernte und 200 000 bis 300 000 ungelernete Arbeiter. Davon hängt unser Erfolg im Kriege ab. Es ist töricht, von einer Ueberproduktion zu reden. Dieses Gerücht dürfte aus deutschfreundlichen Kreisen kommen. Wir erreichen trotz unserer Anstrengungen noch nicht die Produktion Deutschlands oder Frankreichs, und die Franzosen selbst halten ihre Produktion für ungenügend. Die Generale, die die Schlacht bei Yooz mitgemacht haben, sagen, daß sie mit einer dreifachen Menge an Munition ein zwanzigfaches Ergebnis erreicht haben würden. Lloyd George fuhr fort: Nur acht Prozent der Maschinen, die Drehbänke herstellen, arbeiten des Nachts. An gelernten Arbeitern fehlt es. Wir haben alles getan, um gelernte Arbeiter von der Armee beurlauben zu lassen, aber wir sind dabei auf den größten Widerstand gestoßen. Wir können nicht viel erreichen, wenn die Gewerkschaften nicht zulassen, daß ungelernete Arbeiter und Frauen die Stellen von gelernten Arbeitern einnehmen. Die parlamentarischen Führer der Gewerkschaften haben dem zugestimmt, aber die 60 000 000 Gewerkschaften weigern sich. Wir müssen diesen Kampf in jedem Bezirke, in jeder Stadt und in jeder Fabrik ansfechten. Wir können das Munitionsgesetz nicht zur Anwendung bringen, wenn nicht die Arbeitgeber selbst ungelernete Arbeiter und Frauen an die Drehbänke stellen. Lloyd George schloß: Davon hängt der Sieg ab. Es ist die Frage, ob wir den Krieg binnen einem Jahre siegreich beenden können, oder ob er sich jahrelang hinzuziehen wird. Es hängt alles von den Arbeitern ab. Es kann gemacht werden, aber ich weiß nicht, ob es nicht zu spät sein wird! Dies ist ein verhängnisvolles Wort! Dort sind wir zu spät hingegangen, hier sind wir zu spät angekommen. Wir haben diesen Entschluß zu spät gefaßt; wir haben unsere

Unternehmungen zu spät begonnen. Wir kommen zu spät mit unseren Vorbereitungen. Die Heere der Alliierten sind beständig von dem höhnernden Geipen des „Zu spät“ verfolgt worden, und wenn wir uns nicht beeilen, wird Verdamnis auf die heilige Sache fallen, für die so viel tapferes Blut geflossen ist. Ich bitte die Arbeitgeber und die Arbeiter, das „Zu spät“ nicht als Auffahrt über den Portalen der Munitionsfabriken zu wählen. Alles hängt von den nächsten Monaten ab. Auf der letzten Konferenz der Alliierten in Paris sind Beschlüsse gefaßt worden, die den ganzen Verlauf des Krieges beeinflussen werden.

Thomas (Arbeiterpartei) erklärte, es sei Pflicht der Regierung, alsbald in systematischer und geschäftsmäßiger Weise dem Arbeitermangel abzuwehren. Das geschehe nicht dadurch, daß jedermann aufgefordert werde, nicht Munition herzustellen, sondern in die Arme einzutreten. Die Regierung trage eine große Verantwortung, denn jeder Arbeiter, der in die Armee eintrete, vermehre die Schwere des Krieges. Es sei die Pflicht der Regierung, zu erklären, daß die Kriegseinsparungen in der Herstellung von Munition und der Verstärkung seiner Finanzlage bestehen müßten. Das sei die Moral der Rede Lloyd Georges, und die Nation solle sie zu Herzen nehmen.

### Die Lords über Fragen des Seerechtes.

London, 20. Dezember. (W. L. V.) Oberhaus. In der Fortsetzung der Debatte über das Abkommen mit Dänemark sagte Lord Sydenham, die Frage sei, ob die Regierung den besten Gebrauch von der Flotte mache, um den Krieg zu beenden. Wenn Deutschland nicht eine unbegrenzte Zufuhr der unentbehrlichen Waren erhalten hätte, wäre der Krieg längst beendet. Die Flotte hätte sicherlich diese Zufuhr verhindern können. Die Regierung besäße keine klare und zielbewusste Politik hinsichtlich der Blockade. Dänemark entwickelte einen enormen Handel mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Die Regierung verhandelte nicht mit der dänischen Regierung, sondern mit einer launischlichen Organisation, unter der sich viele mit deutschen Namen befänden, so daß das Auswärtige Amt vielleicht selbst gegen das Gesetz über den Geschäftsverkehr mit Feinden verstoßen habe.

Lord Emmott, Direktor des Kriegshandelsdepartements, verteidigte die Regierung und sagte, die parlamentarischen Kritiker schienen es für die Hauptaufgabe der Regierung zu halten, Englands Außenhandel zu beschneiden. Andererseits wurde beständig über Beschränkungen des Handels geklagt, der den Neutralen ausgeliefert werde, das bedeute die Vernichtung des englischen Eigenhandels. Asquith und McKenna betonten die Notwendigkeit der Förderung der englischen Ausfuhr. England suche die deutschen Zufuhren zu verhindern und den deutschen Wirtschaft zu verderben. Letzteres geschehe durch die deutsche Einfuhr aus neutralen Ländern. Emmott verteidigte das Abkommen mit Dänemark, das die Einfuhr nach Deutschland erwidere und die Handelsbeziehungen mit England erleichtere, und sprach sich entschieden gegen eine Veröffentlichung aus.

Lord Milner sagte, die Politik der Regierung habe beständig geschwankt. Das Auswärtige Amt habe die Politik der Londoner Deklaration verfolgt und die Ausübung der Rechte der Kriegsführenden zugunsten des friedlichen Handels zu beschränken gesucht. Die Schwäche seiner Stellung beruhe darauf, daß es sich auf internationale Abkommen, auf Popen Papier stütze. Die Flotte vertrat dagegen den Standpunkt, die Rechte der Kriegsführenden im vollen Umfang anzuwenden. Anfänglich überwand das Auswärtige Amt. Die Seemacht sei sehr schwächlich ausgeübt worden. Dann kam im März die königliche Verordnung, die im vollen Widerspruch zu der Londoner und selbst der Pariser Deklaration stand und die Kriegsführungsrechte für die größte Seemacht in extremer Weise in Anspruch nahm. Der Text der Verordnung war unklar und voller Klauseln. Das Vorgehen gegen den deutschen Handel wurde zwar schärfer, aber eine klare folgerichtige Politik fehlte immer noch. Der gemeine Mann glaube an geheime deutsche Einflüsse. Das Abkommen mit Dänemark stehe im vollen Gegensatz zu der königlichen Verordnung. Der einzige weise Kurs sei, die volle Seegewalt gegen den feindlichen Handel zu richten.

Lord Crewe sagte, die von den Vorrednern vertretene Politik grenze an Seeräuberpolitik. England könne die Neutralen doch nicht wie Kriegsführende behandeln und trotzdem erwarten, daß sie England wie einen Verbündeten behandeln. Der Begriff der Blockade habe sich in diesem Kriege infolge der veränderten Verhältnisse des Seekrieges auch geändert; es sei unmöglich, alle Waren als Dammgut zu erklären. Der Vordredner scheine die Vergrenzung der Handlungsfreiheit Englands durch das Völlerrecht zu ignorieren; die Preisgerichte könnten Ladungen nicht konfiszieren, nur weil es der Regierung angenehm wäre. Asquiths Erklärung über die Wirkungen der königlichen Verordnung habe nicht besagt, daß alle bisher anerkannten völlerrechtlichen Grundzüge nun abgeschafft seien, nur, soweit sie es gestatteten, wolle man alles versuchen, um den deutschen Handel zu unterbinden. Wir wissen genau, sagte Lord Crewe, daß wenn wir Deutschland tatsächlich belagern und wirklich aushungern könnten, wir es sofort tun würden. Crewe lehnte die Veröffentlichung des Abkommens mit Dänemark ab und wies Milners Bemerkung über geheime deutsche Einflüsse scharf zurück.

Darauf zog Lord Portsmouth seinen Antrag auf Veröffentlichung des Abkommens zurück.

### Die Moskauer Deutschenheze vor Gericht.

Moskau, 21. Dezember. (W. L. V.) (Ueber Kopenhagen.) „Rusloje Slovo“ meldet: In Moskau wurden sechs Personen wegen Teilnahme an der Deutschenheze und Plünderungen fremden Eigentums zu zwei bis acht Monaten Gefängnis verurteilt. Eine große Anzahl von Arbeitern und Arbeiterfrauen wurden wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Kriegsgerichte sehen für dieses Vergehen die Todesstrafe oder schwere Zuchthausstrafe vor.

### Politische Uebersicht.

#### Die Jannartagung des Reichstags.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags wird seine Arbeiten bereits am Montag den 10. Januar wieder aufnehmen. Zu erledigen sind noch die Fragen der Zensur und des Verlagerungszustandes. Das Plenum tritt einen Tag später, am 11. Januar zusammen. Man rechnet damit, daß der Reichstag bereits am 15. Januar wieder bis zum März vertagt werden kann. Im März wird dann der Etat vorgelegt, der diesmal bestimmte Einnahmen aus den kommenden neuen Steuern enthalten soll. Das setzt natürlich voraus, daß die Steuervorlagen erst vom Reichstag verabschiedet werden. Verfassungsmäßig soll der neue Etat bis zum 31. März durchberaten und festgesetzt sein; ob das möglich ist, wenn vorher noch Steuergesetze gemacht werden müssen, erscheint einigermaßen fraglich.

#### Beschlüsse des Bundesrats.

In der Mittwochsitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Die Vorlage betreffend Ausdrägung von Zehnpennigstücken aus Eisen, der Antrag betreffend Verlängerung der Zuderngskritik für die diesjährige Weimernte, die Vorlage betreffend die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, die Vorlage betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, und

die Vorlage betreffend das Verfahren bei Zustellungen. Zu dem vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf betreffend vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne, betreffend Kriegsabgaben der Reichsbank und betreffend 2. Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1915, wurde Beschluß gefaßt.

### Die Kriegsteuer-Politik

unterzieht ein Parlamentarier in der „Post“ einer Betrachtung, die natürlich zu dem Resultat kommt, daß die gewaltigen steuerlichen Lasten wieder in der Hauptsache durch Verbrauchsabgaben gedeckt werden sollen. Der freikonserervative Parlamentarier glaubt sich in dieser Auffassung einig mit dem Reichshaussekretär. Er schreibt:

Man wird in der Annahme wohl nicht fehlgehen, daß, wenn nach den Erklärungen des Reichshaussekretärs auch von einer Besteuerung notwendiger Lebensbedürfnisse nicht die Rede sein wird, es sich dabei im wesentlichen um Nebereinnahmen aus denjenigen Steuerquellen handeln wird, die nach dem Geiste der Reichsverfassung dem Reiche zustehen. Verbrauchs- und Verkehrsabgaben werden daher voraussichtlich nur für diese Vorlage im Reiche in Betracht kommen. Wenn von sozialdemokratischer Seite dagegen mit dem Hinweis auf die Verteilung eingeleitet worden ist, daß die Kosten des Krieges in der Hauptsache von der wohlhabenderen Minderheit zu tragen sein werden, so trifft diese Voraussetzung ohnehin schon in weitestem Umfange zu. Es darf in dieser Hinsicht nicht nur auf die Kriegsvermögenszuwachssteuer im Reiche, wie darauf hingewiesen werden, daß daneben auch an der Besteuerung der Erbschaften im Reiche festgehalten wird, sondern man muß dabei auch die Belastung der größeren Einkommen und Vermögen in den Bundesstaaten und in den Gemeinden in Betracht ziehen. Vereinzelt in einer Reihe von Bundesstaaten sind Zuschläge zu den Einkommen- und Vermögenssteuern beschlossen worden.

Von Neuorientierung in steuerlicher Beziehung wollen nach diesen Auslassungen die Konservativen, wie man sieht nichts wissen. Der alte Spruch, daß dem Reiche nur die indirekten Steuern, den Bundesstaaten und Gemeinden die direkten Steuern gehören, lehrt auch angesichts der Notwendigkeit, Kriegsteuern in außerordentlichem Maße zu erheben, wieder, ohne deshalb beachtlicher zu werden. Das Reich hat übrigens den Grundlag auch längst verlassen, wie die allerdings sehr mangelhafte Erbschaftsteuer und andere neue Steuergesetze beweisen. Wenn den Konservativen an einer gerechten Besteuerung gelegen ist, wenn sie mit den Sozialdemokraten wünschen, daß diejenigen, die entweder keinen materiellen Schaden im Kriege erlitten, womöglich noch Kriegsgewinne aus ihm gezogen haben, entsprechend zu den Steuern herangezogen werden, warum sträuben sie sich denn so gegen direkte Steuern, die allein eine gerechte Erfassung des Vermögens und der Einkommen ermöglichen? Die Aufbringung der Lasten durch Verbrauchs- und Verkehrsabgaben will eben nur bedeuten, daß die tragfähigen Schultern von Steuern verächtet und sie der großen Masse zugewälzt werden. Schlimm genug, daß die Konservativen in der Lage sind, den Reichshaussekretär bei dieser Politik für sich zu reklamieren.

Das kommende Jahr wird überhaupt im Zeichen der Steuervermehrungen und der Steuererhöhungen stehen. — Die badische Kammer hat die Einkommensteuer um 20 Proz. erhöht, unter Freilassung der Einkommen unter 2400 M.

### Kriegsbekanntmachungen.

#### Keine Neujahrsglückwünsche zwischen Heimat und Heer.

Zur glatten Abwicklung des wichtigen Nachrichtenverkehrs nach dem Felde während der Neujahrzeit ist es unbedingt erforderlich, daß der Austausch von Neujahrsglückwünschen zwischen Heimat und Heer mit der Feldpost unterbleibt. Das Publikum wird daher dringend gebeten, zum bevorstehenden Jahreswechsel von der Verwendung solcher Glückwünsche an Angehörige, gute Freunde und Bekannte im Felde Abstand zu nehmen.

#### Bekanntmachung.

Amlich, Berlin, 22. Dezember. (W. L. V.) Die Auskunftsstelle des Zentralnachweisedbüros des Kriegsministeriums, Dorotheenstr. 48, ist geöffnet: am 24. Dezember bis 8 Uhr nachmittags, am 26. Dezember bis 11 $\frac{1}{2}$ —1 $\frac{1}{2}$  Uhr, am 31. Dezember bis 8 Uhr nachmittags, am 1. Januar von 11 $\frac{1}{2}$  bis 1 $\frac{1}{2}$  Uhr.

### Letzte Nachrichten.

#### Italien beschlagnahmt deutsche Schiffe.

Milano, 22. Dezember. (W. L. V.) Die „Secolo“ aus Syrakus meldet, ist auf den deutschen Dampfern „Kattenturm“, „Mudros“ und „Sigmaringen“ die italienische Flagge gehißt worden. Die Schiffe wurden festlich bemipfelt. Die drei Dampfer werden sofort nach Beendigung von Maschinenreparaturen ausfahren.

#### Aus dem englischen Unterhaus.

London, 22. Dezember. (W. L. V.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) Im Unterhause erklärte Asquith, das Kabinett sei auferstanden gewesen, seine Beratungen über das Ergebnis der Verbelampagne Lord Derby's zu beenden, und er könne vor der Vertagung des Hauses keine Erklärung darüber abgeben. Das Mitglied der Arbeiterpartei Dudge eruchte Asquith um Rücksicht auf die moralische Wirkung auf die Verbündeten und das Land selbst, doch wenigstens die ungefähre Zahl zu nennen. Asquith antwortete, das sei zwar ein verlockender Vorschlag, aber eine solche Mitteilung ohne Angabe von Einzelheiten könnte als Versuch einer Irreführung ausgelegt werden. — Chamberlain erklärte, die Verluste der Truppe des Generals Townshend bei dem Nüding nach Am el Amara bis zum 18. Dezember waren 1127 Mann, darunter 300 Tote, 49 davon starben infolge von Erkrankungen.

#### Beschlagnahme der dänisch-amerikanischen Post.

Kopenhagen, 22. Dezember. (W. L. V.) Auf Befehl der englischen Behörden in Kopenhagen wurde, wie „National Tidende“ meldet, auch der dänische Dampfer „Frederik 8.“ die von Amerika nach Dänemark bestimmte Postpost ausladen.

#### Explosionen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 21. Dezember. (W. L. V.) Die Verfeuerung teilt über eine mittags in einem Lager von Explosivstoffen bei Kasloj am Goldenen Horn erfolgte Explosion folgendes mit: Eine gewisse Menge von Dynamit, die dadurch verborben ist, daß sie ins Wasser gefallen ist, ist zufällig explodiert. Fünf Soldaten und zehn Zivilpersonen aus einem der benachbarten Häuser wurden getötet, eine Anzahl Zivilpersonen verletzt, die meisten leicht durch Glassplitter. Infolge der Explosion entstand ein Brand, der jedoch nur ein einziges Haus einäscherte.



# Mißbrauch des Parteivorstands-Bureaus?

Das Pressebureau verbreitet folgende Mitteilung aus dem Bureau des Parteivorstandes:

Die „Leipziger Volkszeitung“ wendet sich in einem sensationell aufgeputzten Artikel mit der obigen Überschrift gegen einen angeblichen Mißbrauch des Parteivorstands-Bureaus, der darin liegen soll, daß der am vorigen Freitag der gesamten Parteipresse zugesandte Artikel „Es geht um die Einheit der Partei“ vom Bureau des Parteivorstandes verfaßt wurde, ohne daß sein Inhalt einer Sitzung des Parteivorstandes zur Beschlusfassung vorgelegen hatte.

Die Auffassung der „Leipziger Volkszeitung“ ist eine durchaus irrige. Seit Jahren sind eine Reihe von Bekanntmachungen und Notizen mit den einschlägigen Worten: „Aus dem Bureau des Parteivorstandes schreibt man uns“ verfaßt worden, deren Inhalt nicht in einer Sitzung des Parteivorstandes durch Beschlus festgelegt worden war. Das besagte nämlich diese seit langem übliche Formel, und dadurch unterscheiden sich solche Auslassungen von den offiziellen Auftritten des Parteivorstandes.

Von dem Inhalt des am Freitag versandten Artikels waren alle in dem Bureau des Parteivorstandes tätigen Genossen informiert, nicht aber die übrigen Mitglieder. Deshalb hatte auch Genosse Wels im Gegenzug zu der Behauptung der „Leipziger Volkszeitung“ mit diesem Artikel nichts zu tun.

Wenn der am Freitag aus dem Parteibureau versandte Artikel, der die Genossen auf die der Partei drohende Spaltungsgefahr aufmerksam machen sollte, ein vom Parteivorstand beschlossener Auftragsartikel wäre, so hätte er die Unterschrift des Parteivorstandes getragen und der „Vorwärts“ wäre gemäß § 24 des Organisationsstatuts der Partei gezwungen gewesen, ihn zu veröffentlichen.

Im übrigen zeigt der Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ deutlich, wie weit wir in der Partei gekommen sind. Wenn in einer Zeit, die so kritisch für die Partei ist, wie nie eine zuvor, aus dem Bureau des Parteivorstandes ein Artikel verfaßt wird, der zur Einheit und Geschlossenheit der Partei mahnt, so soll darin ein Mißbrauch des Parteibureaus liegen, während hingegen die Propaganda für die Fraktionspaltung, die die Gefahr einer Spaltung der Partei heraufbeschwört, als nützliche und normale Parteiarbeit hingestellt wird. Wo da das Parteinteresse gemahrt wurde, das zu beurteilen, überlassen wir den Parteigenossen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ erhebt lebhafteste Vorwürfe gegen den Parteivorstand, weil er politische Stimmungsmache getrieben habe durch einen Artikel, der sich anscheinend als eine offizielle Kundgebung des Parteivorstandes gegeben habe, während er in Wirklichkeit nur die Privatmeinung einer Anzahl Parteivorstandsmitglieder gewesen sei. Unser Leipziger Parteiorgan nennt das einen Mißbrauch des Namens und der Autorität des Parteivorstandes, der die schärfste Zurückweisung und Mähe verdiene.

Da es sich bei der Sache in der Tat um eine wichtige Parteifrage handelt, an der die Gesamtpartei aufs höchste interessiert ist, können auch wir an dem Fall nicht schweigend vorübergehen.

Der Artikel, von dem die „Leipziger Volkszeitung“ spricht, trug den Titel „Es geht um die Einheit der Partei“. Er ging am letzten Sonnabend aus dem „Vorwärts“ zu, der ihn indessen nicht zum Abdruck brachte. Einmal deshalb nicht, weil die Redaktion aus ihrer Kenntnis der Dinge sofort annehmen durfte, daß es sich bei dem Artikel nicht um eine amtliche Erklärung des Parteivorstandes handelte, und zum anderen aus Gründen, die wir noch darzulegen haben werden.

Darin hat allerdings unser Leipziger Bruderorgan recht, daß der Artikel nach der Art, wie er der Parteipresse zugeföhrt, und den Worten, mit denen er eingeleitet wurde, sehr leicht für eine amtliche Kundgebung der höchsten Organisationsinstanz der Partei gehalten werden konnte. Kein Wunder, daß ihn denn auch so ziemlich die gesamte Presse als solche aufgefaßt und in ihren Randbemerkungen behandelt hat.

Die „Leipziger Volkszeitung“ teilt mit, daß der Artikel nicht das Ergebnis einer Beratung des Parteivorstandes gewesen sei, weil zum mindesten drei seiner Mitglieder, die Genossen Haase und Wengels und die Genossin Sieg, gar keine Kenntnis von dem Artikel gehabt hätten. Wie komme da überhaupt die Parteivorstandsmehrheit dazu, einen solchen Artikel als scheinbar offizielle Kundgebung an die Parteipresse zu versenden?

Die betreffenden Genossen aus dem Parteivorstand sollten sich auch nicht damit zu verteidigen suchen, daß sie etwa sagen: Wir haben den Artikel doch gar nicht als amtliche Erklärung des Parteivorstandes bezeichnet, sondern ihm nur den Vermerk mit auf den Weg gegeben: „Aus dem Bureau des Parteivorstandes schreibt man uns.“ Wie sehr diese Einleitung zur Irreführung geeignet war, beweist ja gerade der allgemeine Irrtum der Parteiblätter, sie hätten es in der Tat mit einer Epistel des Parteivorstandes zu tun.

Aber auch wenn den Mitgliedern des Parteivorstandes jede Absicht einer Täuschung ferngelegen hat, so hätte sie auf jeden Fall das politische Kaltgefühl von dem Schritt abhalten müssen. Denn die Versendung dieses Artikels unter der Signierung: „Aus dem Parteibureau schreibt man uns“ ist die Uebernahme einer politischen Unsitte, die jede ernstzunehmende demokratische und oppositionelle Partei mit aller Schärfe verurteilen muß. Der Unsitte des berüchtigten Offiziösentums! Was man offiziell, in ehrlicher Amtsförmigkeit verantworten kann oder will, das wird als offiziell in die willkürliche Presse eingeschmuggelt. Wenn die auf politische Reputation und Unabhängigkeit haltende bürgerliche Presse es schon abgelehnt hat, sich als Instrument solchen Offiziösentums gebrauchen zu lassen, sollte der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie sich vollends auch schon vor dem leichtesten Verdacht hüten, die Parteipresse in eine Lage bringen zu wollen, die selbst für bürgerliche Blätter als etwas Unrühmliches und politisch Anrüchiges gilt.

Dat der Parteivorstand etwas zu erklären, soll er's offen und unter Wahrung seines Amtscharakters tun. Er hat dann auch die volle Verantwortung der Partei gegenüber zu tragen. Bringt er keine einmütigen Erklärungen zustande, so mag er Wehrheitsbeschlüsse fassen — Beschlüsse, die aber erst von der Gesamtheit seiner Mitglieder gründlich durchüberdacht sind. Handelt sich um wichtige politische Streitfragen, so hat natürlich auch die Minderheit das Recht, ihre Auffassung bekannt zu geben und zu vertreten. Jede bürokratische und „diplomatische“ Geheimnisträumerei ist vom Uebel für eine Partei, die, weil sie die Demokratie als Staatsprinzip fordert, auch selbst alle demokratischen Garantien zu erfüllen hat.

Wenn mehrere Mitglieder des Parteivorstandes das Bedürfnis verspüren, ihre Ansicht über die durch eine getrennte Abstimmung

über die Kriegskredite vermeintlich gefährdete Einheit noch einmal zu vertreten, so konnten sie das als Personen tun. Ein Teil der Parteipresse würde auch dann den Artikel sicherlich abgedruckt haben. Ein anderer Teil freilich nicht.

Der „Vorwärts“ hatte bereits vor vierzehn Tagen die Absicht, seinen Lesern ausführlich Kenntnis von der Diskussion zu geben, die sich in der „Neuen Zeit“ über die Frage entsponnen hatte, ob es die Parteieinheit gefährde oder nicht vielmehr im wirklichen Interesse der Parteieinheit liegende Pflicht der Fraktionsminderheit sei, gegen die Kriegskredite zu stimmen und die Gründe für die Verweigerung im Parlament auszusprechen. Kautsky hatte den letzteren Standpunkt in drei Artikeln begründet, die er lokalweise so zeitig veröffentlichte, daß sich daran eine unbehindert freie Aussprache knüpfen konnte, an der sich denn auch die Genossen Markwald und das Parteivorstandsmitglied Otto Braun beteiligten. Die Redaktion des „Vorwärts“ hielt es für ihre politische und publizistische Pflicht, die Parteigenossen durch längere Auszüge aus diesen Artikeln der drei Genossen von dem für und Wider der Ansichten zu unterrichten. Sie machte dem Parteivorstand von dieser Absicht Mitteilung. Der Parteivorstand aber erhob dagegen Einspruch. Wollte die Redaktion die Leser informieren, so genügt es auch die vermeintlich objektiven Auszüge aus den Artikeln nicht, dann müßten alle fünf Artikel — etwa fünf „Vorwärts“-Seiten — wörtlich wiedergegeben werden. Als die Redaktion diese Zumutung zurückwies, verharteten die Vertreter des Parteivorstandes bei ihrem Einspruch. Es versteht sich wohl von selbst, daß die Redaktion sich dabei nicht beruhigte, sondern die Sache in der für solche Differenzen gegebenen Form weiterverfolgte. Aber das hier nur nebenbei — nur die Tatsache prägen wir uns ein, daß der Parteivorstand die Pflicht gründlicher und objektiver Information vor eintägigen Wochen so bitter ernst nahm, wie wir das geschildert.

Und was tut er oder doch die in beiden Fällen in Betracht kommende Mehrheit dann selbst vierzehn Tage später? Sie wartet geruhig den letzten Termin vor der Parlamentsentscheidung ab und verfaßt dann ein Elaborat über die Streitfrage an die Presse, das an einseitiger und tendenziöser Darstellung des ganzen Meinungsstreits geradezu das Menschenmögliche leistet. Auch der leiseste Versuch, den Argumenten des Gegners gerecht zu werden, fehlt in dem Artikel; alle Gegenstände werden unterschlagen, dagegen werden die in der Polemik bereits mehrfach fälschend widerlegten Scheinbeweise mit unverwundlicher Seelenruhe wiederholt.

Kun, entstammte diese Seelenruhe auch nicht dem guten Gewissen und dem Gefühl, den Gesetzen polemischer Zustandspflicht genügt zu haben, so dürfte sie sich doch darauf stützen, daß die Masse der Leser der Parteipresse aus Unkenntnis der in der „Neuen Zeit“ gepflogenen Diskussion die Tadelschneidigkeit der vorgetragenen Argumente nicht zu erkennen vermöchte. Vor allen Dingen aber hätten die hinter der Aufschrift „aus dem Bureau des Parteivorstandes“ stehenden Genossen die Gelegenheit, noch in letzter Stunde vor der Abstimmung im Reichstag einen Schlag geführt zu haben, der nicht mehr pariert und zurückgegeben werden konnte!

Erst wenn man diese Momente berücksichtigt, gewinnt man den rechten Einblick in die Taktik jener Parteivorstandsmitglieder, die hinter dem offiziellen Ueberwältigungsversuch standen.

Genügt hat das Manöver ja nicht. Derartige Weisepflegen ja gewöhnlich auf den Schützen zurückzuführen. Aber darum ist es nicht minder Pflicht der Partei, dergleichen Manöver künftig überhaupt unmöglich zu machen. Denn wenn sie an den Dingen selbst schieflich auch nichts zu ändern vermögen, so verderben sie doch die Parteisitten, vergiften sie unnötig den Meinungsstreit, setzen sie an die Stelle des ehrlichen Kampfes mit blanken geistigen Waffen den unerquidlichen Krieg der Ränke und kleinlichen Listen.

Gerade wer die Geschlossenheit und Einheit der Partei will, sollte auch daran mitwirken, daß den Genossen nicht die Freude an der Partei vergällt wird. Meinungsstreit muß sein und soll sein. Jeder soll seine Meinung sagen dürfen, so niedrig oder so hoch er immer auf der Stufenleiter der Parteio rganisation stehen mag. Aber der Kampf soll mit ehrlichen Waffen offen und frei ausgekämpft werden.

Ueber die Ehrlichkeit der Waffenführung und die Gleichheit der Kampfbedingungen zu wachen, ist die erste Pflicht aller Parteigenossen.

## Das Echo im bürgerlichen Lager.

Wie sich erwarten ließ, wird das Vorgehen der Fraktionsminderheit in der bürgerlichen Presse lebhaft besprochen. Dabei waltet besonders in den konservativen Blättern zunächst das Bestreben vor, die praktische Bedeutungslosigkeit der Aktion hervorzuheben. „Post“ und „Meinisch-Wesfälische Zeitung“ stellen übereinstimmend fest, daß diese „Querlöcher“ nichts an dem Willen der großen Gesamtheit ändern können, alles was zur siegreichen Durchführung des Krieges notwendig ist, voll und ganz zu bewilligen, und ähnlich tröstet sich die „Deutsche Tageszeitung“:

Tatsächliche Bedeutung in dieser Richtung wird ja glücklicherweise diese Opposition nie gewinnen. Wer sich dem einmütigen Siegeswillen des deutschen Volkes entgegenstemmt, ist in dieser Zeit von vorn herein zu politischer Ohnmacht verurteilt.

Aber man bleibt bei den spöttischen Bemerkungen über das Häuflein von Querlöchern doch nicht stehen, und ist vielmehr darauf aus, das Verhalten der 20, die gegen die Kredite stimmten, möglicherweise auch die der 23, die den Saal verlassen, zu einem Akt des Vaterlandsberrats zu stempeln.

So urteilt beispielsweise wiederum die „Deutsche Tageszeitung“:

Trotz ihrer praktischen Bedeutungslosigkeit für unsere Kriegführung bleibt diese Abstimmung tief bedauerlich. Eine praktische Bedeutung kann sie sogar infieren gewinnen, als sie unsere Gegner, die die politischen Verhältnisse in Deutschland nicht begreifend kennen, nur noch weiterhin ermutigen und dadurch kriegerischer werden lassen. Den deutschen Parteigenossen gegenüber ist und bleibt sie unentscheidbar. Wer unserem Reich und Volk in dem schwersten Kampfe, den ein rufloser Angriff ihm aufzwang, wer unseren Tapferen drücken, die gegen eine Welt von Feinden den furchtbaren Krieg durchzuführen haben, Wehr und Waffen weigert, der scheidet sich damit selber von der Nation und stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft. Diese Tatsache kann durch nichts gemildert, sie darf nicht vertuscht und wird nicht vergessen werden!

In dieselbe Reihe schlägt der „Reichsbote“:

Gehers Auftreten und das Verhalten seiner Freunde bedeutet eine Aufmunterung der Hoffnungen unserer Feinde und trägt zur weiteren Verlängerung des Krieges damit erheblich bei. Dieses Verhalten bedeutet die Absicht, das Vaterland durch Entziehung der nötigen Mittel wehrlos

zu machen. Es ist ein In-den-Mäcken-Fallen den tapferen Kämpfern an der Front, die, wenn es nach dem Willen dieser Viehweicht-Gruppe ginge, den Feinden bald wehrlos ausgeliefert wären, weil sie keine Munition mehr erhalten könnten, auch ohne Nahrung bleiben müßten. Die Verfügnng der Geldmittel bedeutet zugleich den Willen, den Angehörigen der Soldaten die Geldunterstützungen zu entziehen.“

Und die „Arenszeitung“:

Wer zu dieser Stunde dem Reiche die Mittel zur Fortführung des Krieges, zu Sold, Verpflegung, Waffen und Munition verweigert, will unsere in Ost und West und Süd heldenmütig kämpfenden Truppen dem Feinde gegenüber wehrlos machen. Er will dem Feinde, der einmütig erklärt hat, das Deutsche Reich vernichten und das deutsche Volk zu Schuldsclaven seines Nachbarn erniedrigen zu lassen, die Möglichkeit zur Verwirklichung seiner Pläne schaffen; er stellt sich damit selbst außerhalb des Kreises der deutschen Volksgenossen. Die Herren Geher, Liebschütz und Genossen haben durch ihre Entscheidung das Tischtuch zwischen sich und dem deutschen Volke in sinnloser Verblendung geschitten. Das wird ihnen unvergessen bleiben, und sie werden die Folgen tragen. Wir zweifeln nicht, daß die vaterländisch gesinnte Mehrheit der Fraktion, hinter der fieberlich die gewaltige Mehrzahl der sozialdemokratischen Wähler steht, ebenso denkt wie wir, und daß sie die Folgerungen daraus rechtzeitig ziehen wird.“

Wir halten es nach allem, was gesagt worden ist, für überflüssig, dieser Auslegung gegenüber die wahre Bedeutung und den wirklichen Sinn des Schrittes der Minderheit an dieser Stelle noch einmal zu erläutern. Jedenfalls sind wir vollständig beruhigt darüber, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler ihn anders und besser versteht als die konservativen Organe. Aus diesem Grunde kann uns auch die Drohung der „Deutschen Tageszeitung“ mit der Rache der Zurückbleibenden nicht schrecken.

„Mag auch“, so schreibt sie, „in einzelnen sozialdemokratischen Wahlkreisen ein Teil der zurückgebliebenen Nichtkämpfer sich verbitten lassen, wenn erst die sozialdemokratischen Soldaten, die Not und Tod vor dem Feind kennen lernen, aus den Schützengraben zurückgezogen sein werden, dann werden ihre Wähler den 20 Pflichtvergeßenen eines Tages die gebührende Antwort geben. Denn die deutschen Arbeiter, die doch die Masse der sozialdemokratischen Wähler stellen, wissen, daß ein Hauptgrund und ein Hauptziel des Angriffs gegen Deutschland die Vernichtung des deutschen Weltanhals und der deutschen Industrie ist, daß also der Krieg sich ganz direkt gegen ihre Erwerbsgrundlage, gegen ihre Lebensmöglichkeit in Deutschland richtet.“

Und wenn der „Reichsbote“ die große Menge des arbeitenden Volkes mahnte, sich die Namen der Minderheitsvertreter zu merken, so wird er sich inzwischen überzeugt haben, daß auch wir von unserem Standpunkt aus diese Mahnung für vollberechtigt halten, denn wir haben diese Namen ja veröffentlicht.

Die liberale Presse hält sich in der Kritik an der Sache etwas mehr zurück als die konservative. Sie hat mehr an den Formalien anzusetzen. Die „Morgenpost“ hatte eine schärfere Sprache erwaart:

Man hatte den eigentlichen Führer der radikalen Gruppe, den Abg. Haase, als den Sprecher erwartet und war schon durch die Persönlichkeit Geher's, der durchaus zu Göttern zweiten Ranges gehört, etwas enttäuscht. Die Enttäuschung aber wurde noch durch den Inhalt der Erklärung selbst. Nach dem Vorbild, das vorher in dem radikalen Teil der sozialdemokratischen Parteipresse über die bevorstehende Aktion gemacht worden war, hätte man ein flamendes Manifest erwarten dürfen. Die Erklärung war aber überaus zahm; ja, man kann sie innerlich seige nennen, denn sie spricht offenbar die letzten Gedanken der äußersten Linken, die in der Presse schon viel deutlicher gemacht worden sind, nicht aus, sondern weist in der Hauptsache auf die angeblich von Deutschland beabsichtigte Eroberungspolitik hin, die erfolgversprechende Friedensverhandlungen unmöglich macht.“

Die Enttäuschung des Ullsteinblattes ist uns natürlich schmerzlicher, aber wir möchten von ihm gern erfahren, welches denn die letzten Gedanken sind, die die äußerste Linke verbirgt. Wer andere der Feigheit beschuldigt, hat die Pflicht, selbst um so rückhaltloser und offener zu reden.

Von einem anderen Standpunkt sieht die „Berliner Volkszeitung“ das Auftreten der Minderheit an:

Damit ist der oberste Grundsatz aller Demokratie, daß sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen hat, von einem Teile der sozialdemokratischen Kreditgegner in offener Reichstagsitzung mit Füßen getreten worden. Der Krieg innerhalb der Sozialdemokratie tritt damit in ein neues Stadium. Die Folgen sind noch nicht zu übersehen. Es muß selbstverständlich die Sozialdemokratie ihres parlamentarischen Einflusses berauben, wenn eine Minderheit das Stimmengewicht der Fraktion einfach dritteln kann. Wo ist da das Ende abzusehen!

Die Formalien der Demokratie sind sicher von Bedeutung, aber sie machen nicht das Wesen der Demokratie aus, und als dessen Hüter kämen die fortschrittliche Volkspartei und ihre Zeitungen nun wirklich nicht in Betracht.

Von denen, die sich über die Zukunft der Sozialdemokratie die Köpfe zerbrechen, wollen wir nicht viel Redens machen. Erwähnt sei nur die „Alln. Volkszeitung“. Sie findet es beachtenswert, daß nur ein Gewerkschaftsführer, der radikale Simon von der Schuhmachergewerkschaft, mit der radikalen Minderheit geht, und knüpft daran allerlei sehr ansehnliche Bemerkungen über den Sieg des Syndikalismus als Folge des politischen Radikalismus. Vielleicht sagt ihr der Schuhmacher Simon, daß umgekehrt eher ein Schuh daraus wird.

Wichtiger sind die Zukunftsbetrachtungen der „Arenszeitung“:

Unter dem Zeichen des Burgfriedens ist es unsere Pflicht, in der Kritik des Verhaltens gegnerischer Parteien äußerste Zurückhaltung zu üben. Die Herren Geher und Genossen haben sich aber durch ihren Entschluß nach unserem Gefühl außerhalb des innerpolitischen Burgfriedens gestellt. Sie wollen dem Deutschen Reich die Geldmittel zur Fortführung des Krieges verweigern. Gottlob ist die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes und des deutschen Reichstags aber anderer Ansicht. Um so mehr ist es aber geboten, der Stellungnahme der Geher und Genossen scharf und deutlich entgegenzutreten.

Scheu vor dem Auslande braucht uns dabei nicht zu behindern. Einzelne Gruppen, die für die vaterländischen Notwendigkeiten keine Empfindung haben, die in zum Unsinne gewordenen Theoretik Sinnloses fordern, hat jede Nation. Doch es auch bei uns solche Geister gibt, brauchen wir weder vor den Feinden noch vor unseren eigenen Volksgenossen zu vertuschen oder zu verheimlichen.“

Nit anderen Worten: Die „Gruppe Geher“ soll des Segens burgfriedlicher Behandlung von seiten der Konservativen nicht länger teilhaftig sein. Wir möchten fast glauben, daß sie das verschmerzen könnte, denn sie ist, wie die gesamte Sozialdemokratie, auch bisher nicht allzusehr verhöhnt worden. Jedoch wir setzen als

schon vorläufig voraus, daß die Konservern als Anhänger eines solchen Kampfes nur dort zum Angriff übergehen, wo die Gegner die Möglichkeit besitzen, sich zur Wehr zu setzen.

Im übrigen muß sich auch die Fraktionsmehrheit abfällige Kritik gefallen lassen. So findet ihre durch den Genossen Gert abgegebene Erklärung ganz und gar nicht den Beifall der „Rhein.-Westf. Zeitung“:

„Wir müssen aber dem Redner der Mehrheit aufs schärfste widersprechen, wenn er den deutschen Reichstagler für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich machen will und wenn er verlangt, daß die deutsche Regierung um Friedensverhandlungen bitten gehen soll, obgleich nach seinem eigenen Eingeständnis unsere Feinde noch heute von einem Frieden nichts wissen wollen. Wir haben bisher nicht ergreifen können, welche Gedanken man innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit den Forderungen nach Sicherheiten für den Bestand des Reiches verbindet. Daß die bisherige Lage Deutschlands diesen Forderungen nicht entspricht, haben die blutigen Opfer dieses Krieges bewiesen. Nicht wir haben das Schwert zur Eroberung ergriffen und haben auch nie den Plan der Vergewaltigung fremder Völker gehabt. Wenn aber der sozialdemokratische Redner wirklich von Ehrlichkeit erfüllt ist, dann meinen wir, müßte er erklären, daß er mit seinem unferen Feinde Frieden schließen will, solange in deren Machtkreis bergewaltigte fremde Völker leben. Wir glauben auch nicht, daß die Millionen deutscher Soldaten, die heute täglich Leben und Gesundheit wagen, dem sozialdemokratischen Redner dafür danken werden, daß er unseren Feinden von heute und unseren Feinden von morgen jede beliebige Ausbreitung ihrer militärischen und wirtschaftlichen Macht gestatten möchte, während er allein das deutsche Volk in die Enge treiben will.“

Diese Auslassungen sind von Belang wegen dessen, was sich zwischen den Zeilen über die Absichten der der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ nahestehenden Kreise lesen läßt.

Aber noch schärfer als um der Erklärung willen wird die Mehrheit getadelt, weil sie zu säuberlich mit den Zwanzig verfahren ist. So von den freikonservativen „Berliner Neuesten Nachrichten“: „Bis zum Parteitag ist noch lange Zeit, ist Zeit zu allerlei Journalkühlung und Sentimentalität. Wer nicht wagt zu schneiden, wo es nötig ist, bleibt mitverantwortlich.“ So vor allem von der „Kreuzzeitung“:

„Lediglich vom parteifaktischen Standpunkte nimmt also die Fraktion zu dem Vorgehen der Beherr und Genossen Stellung. Vom sachlichen, vaterländischen Standpunkte aus einen Tadel auszusprechen, vermeidet sie. Sie zieht auch keinen Trennungszug zwischen sich und der Gruppe Beherr. Sie lehnt lediglich die Verantwortung für jede Sonderaktion und für alle sich daraus ergebenden Wirkungen ab.“ Die Sache wird also sozusagen als eine innere Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktion behandelt. Der Gedanke, dem deutschen Volke für jenen Vorgang verantwortlich zu sein, scheint der Fraktion gänzlich fern gelegen zu haben. Angesichts der Größe der Minderheit, die ja zu der Mehrheit im Verhältnis wie zwei zu drei steht, hat die Fraktion offenbar in Sorge um die Einheit der Partei den ungefähren Weg einer Resolution gewählt. Ob diese vorsichtige Taktik ihr Ziel erreicht, wird die Zukunft lehren.“

Die „Kreuzzeitung“ darf überzeugt sein, daß Mehrheit wie Minderheit sich dem deutschen Volke verantwortlich fühlen. Aber eben aus diesem Grunde können sie die Wünsche und Hoffnungen der Konservativen nicht befriedigen.

## Das tägliche Brot.

### Eine neue Organisation der Kriegsernährung.

Die vielgestaltige Getreide und Mehl verarbeitende Industrie bekommt ihr Rohmaterial jetzt von der Reichsgetreidestelle überwiesen. In einer offiziellen Darstellung wird dazu gesagt:

„Die Aufgaben, welche sich für die kriegswirtschaftliche Organisation dieses Gebietes ergaben, waren dreifacher Art; erstens galt es, die für jene Betriebe verfügbaren Vorräte nach einem Maßstabe zu verteilen, der in erster Linie auf die kriegswirtschaftliche Bedeutung der in Frage kommenden Gewerbegebiete abhing. Zweitens mußte ein Verteilungsplan gefunden werden, der den Interessen der einzelnen Unternehmungen jeder dieser verschiedenen Produktionsgebiete entsprach. Endlich drittens blieb als eine Hauptaufgabe die Notwendigkeit, die betreffenden Nahrungsmittel dem Konsum zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Entsprechend diesen Aufgaben werden in erster Linie diejenigen Betriebe versorgt werden, welche notwendige, für den Konsum schwer entbehrliche Erzeugnisse herstellen. Diese sollen entweder entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, wie Getreide- und Teigwarenfabriken, oder entsprechend ihrer Produktion in den beiden letzten Friedensjahren oder einem Prozentatz derselben mit Getreide oder Mehl beliefert werden. Ein geringeres Anrecht auf Versorgung haben demgegenüber Betriebe, welche entbehrliche Genussmittel oder Spezialitäten herstellen.“

Die Erzeugnisse müssen von der zu Verbänden zusammengeschlossenen Industrie, nach allen Teilen des Reiches dem Bedarf entsprechend, möglichst gleichmäßig verteilt werden. — Ueber die Preisbildung wird gesagt:

„Für diejenigen Erzeugnisse, welche notwendige und nicht oder schwer durch Surrogate zu ersetzende Nahrungsmittel darstellen, hat die Reichsgetreidestelle Preise für den Fabrikanten, den Großhändler und den Kleinhändler festgelegt, welche auch von der Reichs-Prüfungsstelle in eingehender Beratung als zutreffend anerkannt worden sind. Diese Preise sind nach den Herstellungs- und Vertriebskosten errechnete Vertragspreise, also das Ergebnis privatrechtlicher und durch Kautionsleistungen sichergestellter Abmachungen, keine gesetzlichen Höchstpreise. So haben wir bei dieser Organisation, die hier nur in großen Umrissen geschildert werden konnte, ein System, das sich zwischen das generell nicht durchführbare Nationalsystem einerseits und das System bloßer Höchstpreise andererseits angliedert. Die vorhandenen, von der friedlichen Wirtschaft geschaffenen Möglichkeiten der Organisation und des Abzuges werden hierbei ausgenutzt, wenn auch gleichzeitig der durch den Krieg gebotenen behördlichen Kontrolle unterworfen, die wiederum den konsumierenden Kreisen die Gewähr einer möglichst guten Qualität und einer möglichst billigen Preisstellung gibt.“

### Neue Gebäckverordnungen in Oesterreich.

Wien, 22. Dezember. (B. Z. V.) Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Ministerialverordnung, durch die die Vorschriften über Erzeugung und Vertrieb von Brot und Gebäck ausgetastet und verschärft werden. Danach kann der Minister des Inneren Ausnahmen von dem bisherigen Verbot der Verwendung des Weizenbackmehls und des Weizenlockmehls zur Broterzeugung für Länder, Bezirke und Gemeinden auf Antrag der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt fallweise bewilligen. Die Verordnung verfügt weiter ein allgemeines Verbot der gewerbmäßigen Erzeugung und des Verkaufes von Kleingebäck jeder Art. Weizen- und Roggenmehl darf zur Erzeugung von Zuckerbäckwaren, einerlei ob sie durch Zuckerbäcker, Bäcker oder Gast- und Schankgewerbetreibende erfolgt, überhaupt nicht mehr verwendet werden. Die Erzeugung von Zuckerbäckwaren unter Verwendung von Ersatzmehlen ist nur an zwei Tagen der Woche

gestattet. Die gewerbmäßige Erzeugung von Keks kann von der politischen Landesbehörde nicht nur wie bisher zeitlich eingeschränkt, sondern auch gänzlich verboten werden. Die gewerbmäßige Erzeugung von Zuckerbäckwaren aus Butter, (Blätter-) und Wärmteig wird allgemein verboten. Die Verordnung tritt am 23. Dezember in Kraft.

Durch eine Ministerialverordnung, die heute zur Verlautbarung gelangt, werden nach dem Stande vom 1. und 15. jeden Monats zu erhaltende Anzeigen über die Vorräte an Kohöl und Mineralölprodukten jeder Art, Benzol, Vulkanöl und Teerölen angeordnet. Weiter werden Benzin, Gasöl, Vulkanöl, Zylinderöl, Benzol und Teeröle unter Sperre gelegt. Endlich wird die Regierung ermächtigt, im Falle drohenden Mangels an Mineralölprodukten unter gewissen Voraussetzungen die Erzeuger zur Erzeugung und Veräußerung, die Händler und andere Besitzer zur Abgabe von Vorräten zwangsweise zu verhalten. Eine weitere Ministerialverordnung betrifft die Festsetzung von Höchstpreisen für Benzin, Leuchtpetroleum, Gasöl und Vulkanöl.

### Eine milde Strafe.

In Wiesbaden wurde wegen außerordentlich hoher Ueberschreitung der Butterhöchstpreise der Inhaber eines der größten Geschäfte am Tage, Ratgeber, zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte holländische Butter zum Preise von 2,45 M. bezogen und für 3,70 M. verkauft. Der Fall liegt besonders trag, weil Ratgeber Mitglied der Kommission zur Festsetzung der Höchstpreise war.

## Soziales.

### Kriegsverletzte und Postdienst.

Im Interesse der Kriegsverletztenfürsorge hat das Reichspostamt kürzlich an die Oberpostdirektionen eine allgemeine Verfügung erlassen, die u. a. folgendes ausspricht:

Nach allgemeiner Ueberszeugung ist namentlich aus volkswirtschaftlichen Rücksichten Wert darauf zu legen, daß Kriegsbeschädigte nach der Entlassung aus dem Heere möglichst ihren früheren Beruf wieder aufnehmen. Vielfach haben sich aber Kriegsverletzte um die Einstellung in den Post- und Telegraphendienst beworben, obgleich sie zur Fortsetzung ihres bisherigen oder zur Ergreifung eines verwandten Berufes in stande waren. Im Hinblick hierauf ist zwischen dem Landeshauptmann der Rheinprovinz und den rheinischen Oberpostdirektionen folgendes vereinbart worden:

Kriegsbeschädigte, die vor dem Kriege bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung als Beamte, Angestellte oder Arbeiter tätig waren, werden, soweit es irgend möglich ist, auch weiter bei ihr beschäftigt. Solche Kriegsbeschädigte sind an die Dienststellen zu verweisen, bei der sie früher tätig waren. Geeignetenfalls kann auch der Ortsauskunft selbst sich für den Kriegsbeschädigten an diese Stelle wenden.

Bewerben sich Kriegsbeschädigte, die nicht bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt waren, unter Aufgabe ihres bisherigen Berufs um eine Stelle bei dieser Verwaltung, so wird sie, falls der Bewerber nicht aus Grund geleglicher Bestimmungen anzunehmen ist, ihn entweder an den zuständigen Ortsauskunft verweisen oder sich selbst mit der für den Wohnort des Bewerbers zuständigen Stelle der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Verbindung setzen und deren Ansicht darüber hören, ob der Berufswechsel notwendig oder wünschenswert ist. Dies wird auch bei den Bewerbern gechehen, die sich im Besitze des Anstellungsscheins befinden. Die zuständigen Postbehörden werden bei der Entscheidung über die Annahme des Bewerbers nach Möglichkeit das Gutachten des Ortsauskunftes usw. berücksichtigen.

Das Reichspostamt hat daraufhin die Oberpostdirektionen Ende November angewiesen, sich mit den in ihrem Bezirk in Betracht kommenden Stellen für die Kriegsverletztenfürsorge zur gleichartigen Behandlung der Beschäftigungsgelegenheiten Kriegsbeschädigter in Verbindung zu setzen. Bei Inhabern des Anstellungsscheins kann von der Zuteilung an die Fürsorgestellen in der Regel abgesehen werden, weil der Anstellungsschein nur den Rentenempfängern verliehen wird, die ihren früheren oder einen ähnlichen Beruf zweifellos nicht aufnehmen können.

Diese Verfügung des Reichspostamts bezieht sich nicht auf die Fälle, in denen es sich um die vorübergehende Beschäftigung Kriegsbeschädigter im Dienste der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung handelt.

### Der verschuldene Wochenlohn.

Bei Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis kann man öfter die Beobachtung machen, daß Arbeitgeber der irrigen Meinung sind, der schuldige Lohn könne von ihnen nicht mehr gefordert werden, wenn sie denselben einem Auftragnehmer zur Zahlung an den Arbeiter übergeben haben, dieser aber den Lohn nicht erhalten hat. Ein Fall dieser Art beschäftigte am Dienstag das Innungsgerichtsgericht.

Der Kläger, der in der Bäckerei von Dobrin als Bäckergehilfe beschäftigt war, hatte am Wochenende den fälligen Lohn nicht erhalten. Das kam so: Als der Werkmeister mit dem Lohn des Klägers in die Backstube trat, war der Kläger im Augenblick nicht anwesend. Der Werkmeister übergab deshalb den in einer Tüte befindlichen Wochenlohn des Klägers einem Lehrling zur Aushändigung an den Kläger. Der Lehrling legte das Geld in einen Schrank. Der Kläger, der hiervon nichts erfuhr, ging ohne Geld nach Hause. Am nächsten Arbeitstage forderte er seinen Lohn vom Meister. Nun stellte sich heraus, daß das Geld aus dem Schrank, wohin es der Lehrling gelegt haben wollte, verschwunden war. Dobrin weigerte sich, den Lohn zu zahlen. Sein Vertreter vor dem Innungsgerichtsgericht sprach die durch nichts begründete Vermutung aus, der Kläger werde wohl das Geld aus dem Schrank genommen haben und wolle nun versuchen, den Lohn noch einmal zu bekommen. Im übrigen meinte der Vertreter, solle sich der Kläger an den Lehrling oder den Werkmeister halten, dem der Betrag ja den Lohn übergeben habe. — Der Vorsitzende wies die unbegründete Verdächtigung des Klägers durch den Vertreter des Beklagten zurück und belehrte den Vertreter, daß der Kläger seinen Lohn von dem Beklagten und von keinem anderen zu fordern habe. — Hierauf erkannte der Vertreter die Forderung an und zahlte dem Kläger seinen Lohn.

## Berichtszeitung.

### Verurteilung des Fiskus wegen einer Haussuchung.

Die Staatsanwaltschaft Duisburg beauftragte im April 1912 die Polizei in Essen, eine Durchsuchung der Geschäftsräume der Geschäftsstelle des Transportarbeiterverbandes vorzunehmen, um den Verfasser einer Postkarte fragbaren Inhalts zu ermitteln. Dabei wurde neben anderen Schriftstücken auch ein Markenbuch im Werte von 50 Pf. beschlagnahmt, das später verloren gegangen ist. Kurz nach der Haussuchung wurde ein bei der Eisenbahn beschäftigter Arbeiter G., der Mitglied des Transportarbeiterverbandes war, aus dem Dienst entlassen. Der Verband hatte diesem Arbeiter eine Arbeitslosenunterstützung von im ganzen 129,10 M. gezahlt. Den Anspruch auf Erstattung dieses Betrages und der 50 Pf. für das Markenbuch hat der Transportarbeiterverband an den jetzigen Kläger K. abgetreten. Dieser erhob gegen den preussischen Staat, vertreten durch den Oberstaatsanwalt in Düsseldorf, Klage auf Zahlung der 129,60 M. aus dem Gesichtspunkte des Schadenersatzes wegen Amtspflichtverletzung der mit der Haussuchung betraut gewesenen Polizeibeamten. Er behauptet: die

Haussuchung habe gar nicht den Zweck gehabt, den Verfasser der Postkarte zu ermitteln; vielmehr habe man nur die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes herandebekommen wollen; diese Mitglieder seien der Eisenbahnverwaltung mitgeteilt worden und letztere habe darauf den G. entlassen (die Eisenbahn duldet bekanntlich nicht, daß ihre Bediensteten dem Transportarbeiterverband angehören); die Entlassung beruhe deshalb auf einer Verletzung der Geheimhaltungspflicht der Polizei und der Beklagte müsse den dadurch entstandenen Schaden ersetzen.

Während das Landgericht Essen die Klage abwies, hatte das Oberlandesgericht Hamm den beklagten Staat zur Zahlung von 50 Pf. verurteilt und auch den übrigen Klagenanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Durch die Beschlagnahme entsteht, so führt das Oberlandesgericht aus, ein vertragsähnliches Verhältnis zwischen dem Staat auf der einen und den von der Beschlagnahme betroffenen Personen auf der anderen Seite. Der Staat hat hiernach die Pflicht zur sorgfältigen Verwahrung der beschlagnahmten Gegenstände. Da sich das Abhandeln des Markenbuches nur so erklären läßt, daß es von den Polizeibeamten mangelhaft verwahrt worden ist, liegt eine Verletzung der Verwahrungspflicht vor; für den dadurch entstandenen Schaden ist der Beklagte ersatzpflichtig. Auch der Anspruch auf Erstattung der an G. vom Transportarbeiterverband gezahlten Unterstützungsbeiträge ist begründet. Die Polizei muß der Eisenbahnbehörde aus Grund der bei der Beschlagnahme gefundenen Papiere Mitteilung darüber gemacht haben, daß G. Mitglied des Verbandes war. Hierin liegt eine schwere Amtsverletzung. Die Polizei mußte das Ergebnis der Beschlagnahme nach den Bestimmungen der Strafprozedur Dritten gegenüber geheimhalten. Hiernach ist es unzweifelhaft, daß der Verband durch die von der Polizei der Eisenbahnverwaltung gemachte Mitteilung von der Zugehörigkeit des G. zum Verbands geschädigt ist. Infolge dieser Mitteilung ist G. aus dem Eisenbahndienst entlassen worden.

Das Reichsgericht hat am Dienstag dieses Urteils bestätigt und die vom Beklagten eingelegte Revision zurückgewiesen. (Urt. 308/15.)

### Zum Verbot der Zahlungen nach England.

Grundfällige Erörterungen knüpften sich an eine Klage wegen Verstoßes gegen die Bundesratsverordnung betr. den Bezug von Waren aus England und das Verbot der Zahlungen nach England und Verstoßes gegen das Vereinszollgesetz, die gestern gegen den Kaufmann Willy Wagener vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde.

Der Angeklagte hat sich die Anlage durch einen Gefälligkeitsakt zugezogen: er hörte eines Tages von der Abteilungsleiterin eines Warenhauses, mit dem er in geschäftlicher Verbindung steht, daß diese mit Spiben in Verbindung geraten sei und erklärte sich bereit, ihr solche ohne jeden persönlichen Vorteil feinerseits zu beschaffen. Er wußte, daß sein Vertreter in Kopenhagen die Vertretung einer englischen Spigenfirma hatte und wandte sich an diesen um Ueberlassung eines kleineren Postens. Dem Ersuchen wurde auch Folge gegeben; nachdem der Angeklagte einen Scheck auf 540 Kronen dänischer Währung eingekassiert hatte, wurde der Posten Spiben von Kopenhagen nach Berlin geschickt, hier aber auf dem Zollamt angehalten, nachdem der Angeklagte ohne Umschweife angegeben hatte, daß es sich um englische Spiben handelte. Die jetzige Klage war die Folge. Der Angeklagte vertritt die glaubwürdige Behauptung, daß er mit England die Geschäfte gemacht und deshalb von der Bundesratsverordnung und dem Zahlungsverbot keine Kenntnis gehabt habe. Staatsanwalt Dr. Lehmann hielt den Angeklagten im Sinne der Klage für schuldig. Das Vereinszollgesetz sei verletzt, weil die Einfuhr englischer Waren durch Bundesratsverordnung verboten sei. Im übrigen hätte der Angeklagte als Kaufmann wissen müssen, daß eine Zahlung nach England auch gegen ein Verbot des Bundesrats verstoße. Der Staatsanwalt beantragte wegen des letzteren Verstoßes 500 M. Geldstrafe, wegen Verstoßes gegen das Vereinszollgesetz 1240 M. Buße und Konfiskation der Spiben, außerdem aus § 152 des Vereinszollgesetzes eine Ordnungstrafe von 10 M. — Rechtsanwalt Dr. Wisberg führte dagegen aus, daß der Angeklagte weder objektiv noch subjektiv gegen das Zahlungsverbot verstoßen habe. Er habe die Spiben nicht aus England, sondern von einem Kopenhagener Haus bezogen, das die Spiben dort im Besitz hatte, und er habe das Geld dafür auch nicht nach England, sondern an den Verkäufer nach Dänemark geschickt. Auch das Vereinszollgesetz sei nicht verletzt. § 134 bestimme zwar: „Wer es unternimmt, Gegenstände, deren Ein-, Aus- oder Durchfuhr verboten ist, diesem Verbot entgegen ein-, aus- oder durchzuführen, macht sich einer Kontrebande schuldig usw.“ Im neuesten Kommentar von Stenglein werde hierzu folgende Erläuterung gegeben: „Strafbare Einfuhr im Sinne des § 134 U.Z.G. ist jede Einbringung des Gegenstandes über die Grenze, die geschieht, ohne daß der Gegenstand beim Grenzollamte gemäß § 139 U.Z.G. angezeigt oder zur Revision gestellt wird.“ Ferner sage Stenglein zu § 139, daß keine Strafe, sondern nur die Zurückschaffung der Gegenstände stattfindet, die bei dem Grenzollamte von Gewerbetreibenden ausdrücklich angezeigt oder von anderen Personen vorschriftsmäßig zur Revision gestellt werden. Dies sei vorliegend der Fall; da die Spiben durch die Post versendet wurden, sei Berlin als das Grenzollamt zu betrachten, und hier habe der Angeklagte aus freiem Antriebe mitgeteilt, daß es sich um englische Spiben handele. Von einer beabsichtigten Kontrebande könne keine Rede sein. — Das Gericht billigte dem Angeklagten zu, daß er sich der beiden ihm zur Last gelegten Handlungen nicht schuldig gemacht und nicht „wissentlich“ gegen die Bundesratsverordnung verstoßen habe. Er wurde daher freigesprochen. Dagegen sei § 152 des Vereinszollgesetzes anzuwenden, welcher besagt, daß bei Uebertretung der Vorschriften dieses Gesetzes sowie der in Folge desselben öffentlich bekannt gemachten Verwaltungsvorschriften eine Ordnungstrafe bis zur Höhe von 150 M. verurteilt ist. Das Zahlungsverbot sei eine Verwaltungsvorschrift im Sinne des § 152, gegen den der Angeklagte somit fahrlässiger Weise verstoßen habe, da es Pflicht eines jeden Kaufmanns in der jetzigen Zeit sei, ehe er aus dem Auslande Waren bezieht oder solche dorthin ausführt, sich über die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu unterrichten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 75 M. Geldstrafe.

### Minderwertige Kriegslieferung als Landesverrat.

Der Kaufmann Bernhard Moinger hatte die Lieferung einer größeren Menge reinvollener Soden für das Kriegsheer übernommen, aber aus Gewinnsucht nicht reinvollene, sondern minderwertige Soden geliefert, obwohl er wußte, daß er dadurch die Kriegsfähigkeit der Krieger beeinträchtigte, und so der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Schaden zufügte. Er hat auch einem Soldaten, der bei der Abnahme der Soden tätig war, 20 M. als Geschenk angeboten, damit er nichts sage. Der Soldat hat jedoch Anzeige erstattet. Wegen Landesverrats und versuchter Bestechung ist Moinger darauf vom Gericht in Coblenz zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die vom Angeklagten eingelegte Revision.

### Gegen das Tanzen.

Das Reichsgericht wandte sich am Dienstag gegen den Versuch einer Ueberspannung bei Auslegung von Tanzverboten.

Von der Anklage, eine durch die Militärbehörde verbotene Tanzbelustigung veranstaltet zu haben, sind vom Landgericht Hannover am 4. September drei noch nicht 20 Jahre alte Nahnwädden freigesprochen worden. Ein Kriegsteilnehmer war aus dem Heide zurückgekehrt und keine Familie veranstaltete zu seinen

Ehren in einem besonderen Raume einer Gastwirtschaft ein privates Fest, zu dem auch die drei Angeklagten eingeladen waren. Es wurde gegessen, getrunken, geredet und gesungen. Anwesend waren 20 Personen. Als während einer Pause ein zehnjähriges Mädchen am Klavier einen Tanz zu spielen versuchte, umfahnten sich die Angeklagten in ihrer lustigen Stimmung und drehten sich im Tanzschritt etwa fünf Minuten lang im Zimmer herum. Jemand sah von außen durch das Fenster diese während des Krieges verpönte Lustigkeit und erstattete Anzeige. Das Landgericht hat jedoch eine strafbare Handlung nicht für erwiesen angesehen, da der sogenannte Tanz nur eine unbedeutende Zeitspanne ausgefüllt hat und die für eine „Tanzlustbarkeit“ erforderliche Leitung und Organisation gefehlt habe. Gegen dies verhängte Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Das Reichsgericht verwarf am Dienstag nicht nur die Revision, sondern gab seiner Überzeugung davon, daß eine Anklage überhaupt nicht hätte erhoben werden sollen, auch dadurch Ausdruck, daß es auch die den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse anerkennend, die Teilnehmer an einem Tanz seien überhaupt straflos, strafbar sei nur die „Veranstaltung“ einer Tanzlustbarkeit. Solche liege nicht vor.

**Übermäßiger Geschäftsgewinn.**

Wegen übermäßiger Preissteigerung im Sinne der Bundesratsverordnung vom 23. Juli d. J. hat das Landgericht Dresden am 12. Oktober den Fleischermeister und Viehhändler Hugo Kühn zu tausend Mark Geldstrafe verurteilt. Am Morgen des 23. August erlitten der Angeklagte auf dem Schlachthof mit 6-7 Rindern, um diese zu verkaufen. Noch vor 8 Uhr kaufte er zwei Bullen zum Preise von 1508,50 bzw. 1160,32 M. und eine Kuh für 834,00 M. Alle drei Tiere verkaufte er aber noch an demselben Vormittag auf dem Schlachthof weiter, und zwar die Bullen für 1560,60 M. bzw. 1223,04 M. und die Kuh für 878,14 M. Wüth hatte er an

den Bullen einen Verdienst von 550 M. bzw. 62,72 M. und an der Kuh einen solchen von 43,54 M., also einen Reingewinn von 158,06 M. Das Gericht hat in dieser Summe eine Übermäßigkeit des Gewinnes, eine übermäßige Preissteigerung im Sinne der Bundesratsverordnung erblickt. In Betracht kam, daß der Angeklagte diesen Verdienst in der kurzen Zeit von 8-12 Uhr, die zwischen Ankauf und Verkauf der Tiere lag, erzielt hat und abendlein ohne bemerkenswerten Aufwand von Mühe, da er die Tiere dort weiterverkauft hat, wo er sie gekauft hatte. Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die vom Angeklagten eingelegte Revision.

**Verlustlisten.**

Die Verlustliste Nr. 411 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:  
 Infanterie usw.: Garde; Garde-Reserve-Schützen-Bataillon. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Jäger-Regimenter Nr. 4, 7, 11 bis einschl. 17, 31 bis einschl. 34, 49, 59 (s. auch Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 215), 63, 64 (s. auch Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 245), 65, 66, 68, 69, 74, 76, 79 (s. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 73), 80, 84, 85, 86, 88, 89, 92 (s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 73), 94, 109, 110, 111, 113 (s. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 73), 131, 135, 136, 137, 141, 142 (s. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 73), 146, 147, 149, 151 bis einschl. 154, 156, 160, 161, 165, 167 bis einschl. 170, 173, 174, 176, 341, 342 (s. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 34). Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 8, 11, 12, 13, 15, 17, 31, 34 bis einschl. 37 (letzteres s. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 73), 66, 69, 73, 76, 77, 81, 83, 84, 91, 98, 99, 201 bis einschl. 204, 207, 208, 214, 216, 217, 221, 222, 223, 225, 227 bis einschl. 230, 232, 234, 236, 237, 252, 268. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 7, 11, 12, 84, 65, 76 (s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 69), 77, 83, 84, 93. Garnison-Bataillon Spandau.

Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 1, 5 und 24. 2. Ersatz-Maschinengewehr-Kompanie des 17. Armeekorps; Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 215, 235 und 245; Festungs-Maschinengewehr-Kompanie Nr. 2 Strahburg.  
 Kavallerie: Garde-Reserve-Mann. Schwere Reserve-Reiter Nr. 2 (s. Schwere Reserve-Reiter Nr. 3) und Nr. 3; Dragoner Nr. 8; Husaren Nr. 12; Mannen Nr. 3 und 15; Kavallerie-Regiment Nr. 88; Reserve-Kavallerie-Abteilung Nr. 50.  
 Feldartillerie: 1. und 4. Garde-Regiment. Regiment Nr. 2, 5, 6, 7, 10, 14, 15, 22, 26, 37, 40, 46, 47, 57, 61, 81, 97, 103; Reserve-Regiment Nr. 3, 15, 19, 44, 46. Schützengraden-Artillerie-Abteilung Nr. 6.  
 Fußartillerie: 2. Garde-Regiment. Regiment Nr. 3, 5, 18; Reserve-Regiment Nr. 6, 7, 14, 15; Fußartillerie-Bataillone Nr. 36 und 39; Landwehr-Bataillone Nr. 4, 5, 17; Fußartillerie-Batterien Nr. 235, 236, 273, 450; Landsturm-Bataillon des 5. Armeekorps. Schwere Feldhaubitze-Batterie Nr. 27. Rörzer-Regiment Nr. 6.  
 Pioniere: Pionier-Versuchs-Kompanie. Regiment Nr. 20, 23, 25, 29, 30, 31, 35; Bataillone: 1. und II. Nr. 2, I. Nr. 9, I. und II. Nr. 10, I. und II. Nr. 14, I. Nr. 15, II. Nr. 16, I. Nr. 21, I. Nr. 26; Reserve-Bataillone Nr. 32, 34, 39; Ersatz-Bataillon des Pionier-Bataillons Nr. 9. Pionier-Kompanien Nr. 111, 249, 305; Reserve-Kompanie Nr. 78. Minenwerfer-Bataillone Nr. 1, 2 und 3. Berkestruppen: Militär-Eisenbahndirektion II. Eisenbahn-Betriebskompanie Nr. 21. Feldfliegertruppe. Kraftfahr-Bataillon. Armierungs-Bataillone Nr. 62, 67, 68, 69, 70, 72. Bewachungskommando des Gefangenenlagers Brandenburg a. H.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 242 enthält Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.  
 Geschäftsstelle Berlin.  
**Nachruf.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schuhmacher **Otto Tetzel** am 6. Dezember verstorben ist. Ehre seinem Andenken! 169/12 Die Ortsverwaltung

Segelklub „Fraternitas“  
 E. W.  
 Als Opfer des Weltkrieges fiel durch Kopfschuß unser Mitglied, Herr **Albert Schunack**. Ehre seinem Andenken! 287/2 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.  
 (B. a. W.) Berlin, Bezirk 8.  
**Nachruf.**  
 Am Donnerstag, den 2. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied, der Schlosser **Max Humbroich** (Jahrg. 65). Ehre seinem Andenken! 258/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband.  
 Zahlstelle Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Ernst Ribbe** (Jahrg. 30) im Alter von 47 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt. 01/14 Die Ortsverwaltung.

Die Letzte ruhet auf dem Felde der Ehre gehalten inmitten geliebten Sohnes und guten Bruders, des Einjährig-Freiwilligen, Gefreiten **Hans Kramer** ist nach der Heimat übergeführt und findet die Beerdigung am Donnerstag, den 23. Dezember 1915, nachmittags 3 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt. An tiefer Trauer **Paul Kramer** und Frau.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Bruder **Ernst Ribbe** im Alter von 47 Jahren gestorben ist. Der trauernde Bruder nebst Frau **Albert Ribbe**. Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 24. Dezember 1915, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Dankagung.**  
 Allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank für die rege Beteiligung bei der Einäscherung meiner lieben Frau. 39/1  
**August Reckmann.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Verwaltung Berlin.  
 Tel.-Amt Rortzplatz 10623, 3578. Bureau: Kungestraße 30  
**Branche der Rahmenmacher.**  
 Montag, den 27. Dezember (3. Weihnachts-Feiertag), nachmittags 5 Uhr:  
**Unterhaltungs-Abend**  
 und gemütliches Beisammensein  
 im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45.  
 Eintritt frei.  
 Alle Kollegen und Kolleginnen sind freundlichst eingeladen.

**Achtung!**  
 Der Feiertage wegen sind sämtliche Büreaus und Arbeitsnachweise an folgenden Tagen geschlossen:  
 Freitag, den 24. und Freitag, den 31. Dezember, von nachmittags 1 Uhr ab, Sonnabend, den 25. und Montag, den 27. Dezember, sowie Sonnabend, den 1. Januar, den ganzen Tag.  
 Am Freitag, den 24. werden in den bekannten Lokalen von 6-8 Beiträge entgegengenommen.  
 Am Freitag, den 31. Dezember von 8-10 Uhr.  
 01/15 Die Ortsverwaltung.

**Für der Weihnachtstisch**  
 empfehlen wir folgende Bücher:  
**August Bebel**  
**Die Frau und der Sozialismus.**  
 Gebunden 2 Mark. Im Geschenkeinband 3,50 Mark.  
**Aus meinem Leben.**  
 Drei Bände.  
 Band 1: Gebunden 2,- Mark  
 Band 2: Gebunden 3,- Mark  
 Band 3: Gebunden 2,25 Mark  
 Im Geschenkeinband komplett in drei Bänden 8,50 Mark.  
 Deutsch, L., Sechzehn Jahre in Sibirien. Erinnerungen eines russischen Revolutionärs. Mit Illustrationen und Vorwort. (Ant. Bibl. Bd. 33) . . . . . gebd. 3,50 M.  
 Engels, Der Ursprung der Familie . . . . . gebd. 1,50 M.  
 Kautsky, Der Ursprung des Christentums . . . . . gebd. 5,75 M.  
 Vorläufer des neueren Sozialismus. (Internationale Bibl. Band 47/48)  
 Bd. I. Kommunistische Bewegungen im Mittelalter. Brosch. 2,50 M., gebd. 3,- M.  
 Bd. II. Der Kommunismus in der deutschen Reformation. Brosch. 2,50 M., gebd. 3,- M.  
 Mehring, Dr. Franz, Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende. gebd. 2,50 M.

Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68**  
 Lindenstraße 3.

**Wegen Auflösung**  
 der Gesellschaft  
**Verkauf Pelzwaren**  
 von zu bedeutend ermäßigten Preisen  
 Vorteilhafteste Kaufgelegenheit  
**Bernstein & Schoenberger G. m. b. H.**  
 Pelzwarenfabrik  
 Krausenstraße 41, eine Treppe, am Dönhofsplatz.  
 Verkauf: Wochentags 9-12 u. 3-8, Sonntag 12-8 Uhr.

**Besonders günstige Kaufgelegenheit**  
 Tadellose  
**Gummischuhe**  
 zu nachstehenden niedrigen Preisen:  
**290 450 575 675**  
**BAER SOHN**  
 Chauesstraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
 Gr. Frankfurt. Str. 20 Gegr. 1891 Schöneb., Hauptstr. 10  
 Der Vorzug der Gummischuhe  
 Vorbeugung gegen Erkältung, Verbilligung durch Schonung der Stiefelsohlen und Absatz  
 Prompter Versand nach ausserhalb bei Angabe der Stiefel-Nummer  
 Schönstes Festgeschenk



**Ortskrankenkasse für die Gewerbe der Tischler u. Pianofortearbeiter zu Berlin.**  
 Der Antrag des Kassenvorstandes, für diejenigen Mitglieder, welche länger als sechs Monate der Kasse angehört, folgende Rechteleistungen wieder gewähren zu dürfen, und zwar:  
 1. Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes für jeden Arbeitstag sowie für jeden Sonntag und Festtag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht; er wird vom vierten Krankheitsstage, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, vom Tage ihres Eintritts an gewährt;  
 2. Hausgeld in Höhe des halben Krankengeldes, ebenfalls für jeden Arbeitstag; 273/19  
 3. Versicherter, für die sein Hausgeld zu zahlen ist, wird neben der Krankenhospitalpflege ein Krankengeld in Höhe von einem Sechstel des Grundlohnes gewährt;  
 4. als Sterbegeld wird beim Tode eines Mitgliedes das Dreifache des Grundlohnes, mindestens aber ein Betrag von 50 M. gewährt, ist vom Versicherungssamt der Stadt Berlin genehmigt und tritt am Montag, den 3. Januar 1916, in Kraft.  
 Berlin, den 21. Dezember 1915.  
 Emil Booske, Fritz Zinke, Vorsitzender, Schriftführer.

**Sylvester-Punsch**  
 Punsch Royal . . . . . à Flasche 1<sup>60</sup> und 90 Pf.  
 von Rum, Arrak, Glühwein . . . à Flasche 2<sup>50</sup> und 1<sup>35</sup> M.  
 Sherry u. Schlummer-Punsch . . à Flasche 3<sup>00</sup> und 1<sup>60</sup> M.  
 Ananas, Burgunder-Punsch . . . à Flasche 4<sup>00</sup> und 2<sup>10</sup> M.  
 Jamaika-Rum, Arrak, Kognak und Verschnittes daraus per 1/2 Fl. M. 1.60 an.  
 Frauz. und deutsche Schaumweine.  
 Bowien-Hosel, Bowien-Extrakte, Tischweine empfiehlt und versendet in bekannt ausgezeichneter Qualität  
**Georg Andree, Berlin C, Prenzlauer Str. 1-2.**

**Sonder-Angebot**  
 in **Ulstern und Anzügen**  
 zu wirklich billigen Preisen  
 evtl. leichte Zahlungsbedingungen  
 Große Auswahl in deutschen Stoffen  
**Julius Fabian**  
 Schneidermeister  
 Gr. Frankfurter Str. 37 und Turmstr. 18

**Westmann's Trauermagazin**  
 Größte Auswahl. Billigste Preise.  
 I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)  
 Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 7890. Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

**Herren-Mäntel**  
 Ulster, Paletots u. Anzüge verkauft große Herren-Kleider-Fabrik jetzt auch an Private. Stralauer Str. 42/43, I Tr.

**Carbid-Tischlampen**  
 3,00. Zubehör billigst Weberstr. 42.  
**J. Baer**  
 Ecke Badstr. 26 Prinz-Allee  
 Herren- und Knaben-Möbel, Berufskleidung Eleg. Paletots, Ulster, Joppen i. jed. Preislag. Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung. Billigste, feste Preise.

**Spezialarzt**  
 Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung, Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berührung Teilzahlung. Sprechstunden: 10-2 und 4-8

**Pelzwaren jeder Art**  
**Weihnachts-Verkauf**  
 Echt Nerz-Kragen . . . . . bisher M. 100.- bis M. 300.- jetzt M. 50.- bis M. 150.-  
 Echt Alaska-Fuchs . . . . . bisher M. 85.- bis M. 160.- jetzt M. 35.- bis M. 90.-  
 Echt Nerz-Murmelt . . . . . bisher M. 45.- bis M. 60.- jetzt ohne Ausnahme M. 18.-  
**Pelzwaren-Fabrik**  
**Leipziger Str. 58, I Tr. Spittelmarkt.**  
 Täglich bis 9 Uhr geöffnet.

**Außergewöhnliches  
Weihnachts-  
Angebot!**

# Leopold Gadiel

Königstraße 22-26

I Treppe. Gumperts Konditorei.

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

Strümpfe für Damen, Herren u. Kinder äußerst preiswert

## Winter-Mäntel

weiche, mollige Stoffe, große und kleine Nummern

16<sup>75</sup> 14<sup>75</sup> 12<sup>75</sup>

## Seiden-Blusen

entzückende Farben, moderne Macharten

7.50

## Aparté Winterblusen

alle Farben und Formen, auch große Weiten

4.50 3.75

## Kleider-Röcke

schwarz u. farbig, vorzügliche Stoffe

8.75 12.75, 9.75

## Träger-Röcke

riesig billig.

## Unterröcke

Seide, wunderbare Macharten

9.75 7.75

Auch ganz elegante Ausführungen sehr preiswert.

## Trikot-Unterröcke

mit hübschen Volants, alle Preislagen

3.75

## Wäsche

Taghemden . . . . . 2.50, 2.25  
Seidkleider . . . . . 2.25, 2.-  
Untertailen . . . . . 2.- 1.50  
Weiße Zierschürzen 1.-, .75, .60

Gedecke, Bett- u. Tischwäsche, Servierkleider äußerst preiswert

**Deutsches Theater.**  
Direktion: Max Reinhardt.  
7 1/2 Uhr: Maria Stuart.  
Sonnabend: Was ihr wollt.  
**Kammerspiele.**  
8 Uhr: Der Weibsteufel.  
Sonnabend: Der Weibsteufel.  
Nachm. 2 1/2 Uhr (kleine Preise): Die deutschen Kleinstädter.  
**Volksbühne.** Theater a. Bülowl.  
8 1/2 Uhr: Faust. — Sonnabend, Sonntag, Montag: Das Mirakel.  
Dir. Meinhard-Bernauer.  
**Theater i. d. Königgrätzerstr.**  
7 Uhr: Götz von Berlichingen.  
**Komödienhaus.**  
8 Uhr: Die rätselhafte Frau  
**Berliner Theat.**  
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Barnowsky.  
8 Uhr: Komödie der Worte.  
Freitag: Geschlossen.  
Sonnabend: Kaiser und Gallier.  
**Deutsches Künstler-Theater.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
**Die selige Exzellenz.**  
**URANIA**  
Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr:  
**Im Kampfe um Konstantinopel**

**WINTER GARTEN**  
**Grete Wiesenenthal**  
„Flotte Bursche“  
Operette i. 1 Akt v. F. v. Suppé.  
Mitwirkende:  
Elsa Berna — Lotte Werkmeister  
v. Thalia-Theat. a. G.  
Käte Hansen — Stoffi Walldt  
Gustav Matzner — Heinrich Peer  
Hanna Ewald — Jan Paul  
Der Außerdem:  
reichtaltige  
Dezember-Spielplan.

**Theater für Donnerstag, 23. Dezember.**  
Deutsches Opernhaus Charlottbg.  
7 Uhr: Parsifal.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
Geschlossen.  
**Gebr. Herrfeld. Theater**  
8 Uhr: Rosenblatt's Geheimtip  
**Kleines Theater.**  
8 Uhr: Henriette Jacoby.  
**Komische Oper.**  
3 1/2 Uhr: Der tapfere Ulan.  
8 Uhr: Jung muß man sein  
**Lustspielhaus.**  
8 1/2 Uhr: Alles aus Gefälligkeit.  
Z. 1. Male: Alles aus Gefälligkeit.  
**Montis Operetten-Theater**  
8 Uhr: Der Weltenbummler.  
**Residenz-Theater**  
8 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.  
Anbd. Fig. 3 1/2, U.: Schöne v. Strand.

**Metropol-Theater**  
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).  
An beiden Feiert. 8 Uhr: Martha.  
**Schiller-Theater O.**  
8 Uhr: Jugend.  
**Schiller-Th. Charlottenbg.**  
8 Uhr: Ritter Bengts Gattin.  
**Thalia-Theater.**  
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.  
**Theater am Nollendorfpl.**  
8 1/2 Uhr: Torquato Tasso.  
8 1/2 Uhr: Immer feste drauf!  
**Theater des Westens**  
8 Uhr: D. Fräulein v. Amt  
mit Guido Thielscher.  
4 Uhr: Frau Holle.  
**Trianon-Theater.**  
Geschlossen.  
1. Weihnachtsfeiertag:  
8 Uhr: Verheiratete Junggesellen.

**Apollo THEATER**  
Direktion Adolf Vogel  
Telef.: Lötow 7841

Erfolg über Erfolg des anerkannt größten Varieté-Programms Berlins!  
Nur auserlesene Kunstkräfte!  
Eilsettwerk 11-1 a. d. Kasse sowie Wertheim u. Invaliden.

**Luisen-Theater.**  
4 Uhr: Sneewittchen.  
8 1/2 Uhr: Der gestiefelte Kater.  
Freitag, den 24. Dez.: Geschlossen.  
1. Feiertag 3 Uhr: Die Allwörden.  
2. Feiertag 3 Uhr: Die Hausbierche.  
Ein allen drei Feiertagen abends:  
**Bettelstudenten.**

**Circus Busch**  
Täglich 8 Uhr:  
Das neue große  
Brunnenstatuengstück  
Ein  
**Wintermärchen.**  
Weihnachtsspiel in 5 Akten  
von Paula Busch nach den  
Mysterien des Mittelalters.  
Vorher das  
**Weihnachts-Programm.**  
23.-28./12. tägl. nachm. 3 1/2 Uhr:  
Patriotisches  
Schauspiel  
„Michel“  
in ungekürzter Ausführung.  
Vorverkauf ohne Zuschlag für  
sämtl. Feiertage, auch für nach-  
mittags, täglich ab 10 Uhr.  
1 Kind frei, weitere halbe Preise.

**Rose-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. Zum ersten Male:  
**Der Weg zum Glück.**  
**Walhalla-Theater.**  
8 Uhr: Lieb Vaterland.  
Sonntag nachm.: Die Räuber.  
**Possen-Theater**  
8 1/2 (Folies Caprios) 8 1/2  
**Melonenbaum.**  
Posse mit Gesang v. Theo Halton.  
**Meschuge ist Trumpf**  
Posse in 2 Akten v. Leonh. Haskel  
mit  
Leonh. Haskel u. Siegfried Berisch.

**Volgt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
1. Weihnachtsfeiertag 8 Uhr:  
Die Tochter des Heimgekehrten.  
2. Weihnachtsfeiertag 8 Uhr:  
Sein ganzes Glück.  
3. Weihnachtsfeiertag 8 Uhr:  
Unsere feldgrauen Jungen.

**Palast**  
Nur noch kurze Zeit! Anf. 8 U.  
Der neue heitere Dezember-  
und Weihnachts-Spielplan.  
**R. Steidl-  
Otto Reutter-  
Voo-Do-Adelmann-  
Onre-Georg usw.**  
Weihnachten, 25. u. 26. Dez.,  
je 2 Vorstellung, 3 1/2, u. 8 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Die von der Emden  
Außerdem Weh-  
nachtsprogramm.  
Für Militärper-  
sonen vollkomm-  
ener Zutritt zu  
d. Stett. Sängern.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, den 26./12. (2. Feiertag):  
Große Extra-Nachmittags-  
Vorstellung!  
3. Schl.: Die von der Emden. Anf. 3 U.

**Casino-Theater**  
Rothburger Str. 37. Tägl. 8 Uhr:  
Neu! Neu! Neu!  
Was machte un?  
Waffe in 3 Aufzügen von Hans Berg.  
Dazu das große Festprog am 25.  
Um 25. u. 26. Dez., nachmittags 4 Uhr:  
Familie Schnase.

**Berliner Konzerthaus.**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
Täglich: **Großes Konzert.**  
Berliner Konzerthaus-Orchester  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen drei  
Weihnachtsfeiertagen:  
**Großes Fest-Konzert.**  
Morgen, Heiligabend, geschlossen!

**Berliner Konzerthaus.**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
Täglich: **Großes Konzert.**  
Berliner Konzerthaus-Orchester  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen drei  
Weihnachtsfeiertagen:  
**Großes Fest-Konzert.**  
Morgen, Heiligabend, geschlossen!

**Berliner Konzerthaus.**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
Täglich: **Großes Konzert.**  
Berliner Konzerthaus-Orchester  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen drei  
Weihnachtsfeiertagen:  
**Großes Fest-Konzert.**  
Morgen, Heiligabend, geschlossen!

## Konzerthaus Zoo

**MARMORSAAL.**  
Eingang Adlerportal, Kurfürstendamm, gegenüb. d. Wichmannstraße.  
**Eröffnung Sonnabend, d. 25. Dezember**  
An beiden Weihnachtsfeiertagen von nachm. 5 Uhr an in dem 2000 Personen fassenden **Marmorsaal d. Zoolog. Gartens:**  
**Gr. Militär-Konzert**

ausgeführt von der gesamten Kapelle des Ersatz-Bataillons vom und des Ersatz-Bataillons vom  
**Kais.-Franz-Garde-Reg.-Reg. Nr. 2 Königin-Augusta-Gard.-Reg.-Reg. Nr. 4**  
Dirig. Kgl. Musikleiter H. Männeke. Dirig. Kgl. Musikleiter A. Bohr.  
Gut gepflegte biesige und echte Biere sowie vorzügl. Küche zu mäßigen Preisen. Weinterrassen. In den Vorräumen elegant eingerichtetes Café. — Eintritt frei.  
**An allen Wochentagen Militärkonzert**  
von 8 bis 12 Uhr abends.  
Eintrittspreis für den Konzertsaal: Wochentags 0,30, Sonn- Feiertags 0,50, für Militär 0,10. Ehrenkarten haben Gültigkeit.  
**Fahrverbindungen** von und nach allen Stadtrichtungen mit folgenden Linien: Stadtbahn Station Zoo, Hochbahn Stationen Zoo und Wittenbergplatz. Elektr. Bahnl. 2, 3, 4, 8, 17, 33, 50, 54, 66, 67, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 93, 98, 133, A, C, G, H, L, O, P, Q, R, T. 109/1\*

Allen lieben Kunden empfehle zum bevorstehenden Feste mein reichhaltiges Lager in  
**Uhren, Gold- u. Silberwaren.**  
Gustav Schoder,  
Berlin S, Oranienstraße 56.

## Gewerkschaftshaus

1. und 2. Weihnachtsfeiertag, mittags 2 Uhr:  
**Hänsel und Gretel.**  
Märchen-Oper in 3 Akten von Gumpelberg.  
Mitwirkende circa 60 Personen.  
Erster Akt: Dohlem. Hauptrollen:  
Zweiter Akt: Im Walde. Peter, Helenchen — Kurt Steffens.  
Dritter Akt: Das Knusperhäuschen. Gretel, sein Weib — Lotte Bütz.  
Hänsel u. Gretel — Käte u. Wisi Klein.  
Eröffnung 1 Uhr. Einlaß gegen Entnahme eines Textblattes von 80 Pf.

## Lieder-Abend

des „Berliner Sängerkhors“  
unter gefl. Mitwirkung von Frau Marianne Geyer (Nieder zur Laute);  
einer Violinen- und Violoncello-Vortrag von Geschw. Meyer.  
Am 3. Feiertag:  
**Weihnachtsfeier**  
der  
Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.  
Märchen-Aufführung  
„Winternacht und Weihnachtschein“.  
Mitwirkende circa 100 Kinder.  
Nach der Aufführung: **Sinfonie-Konzert** von Grau und **Lieder-Vortrag** von Fr. Lydia Helmhorst (Konzertlängerin). — Geschwister Weiß (6 und 7 Jahre alt) Duett.  
Während der drei Feiertage:  
Circa 300 Kalbsbraten a 125 M., 200 Eisbeine a 125 M.  
und 100 Gänse a Portion 150 M.  
In sämtlichen Sälen — parterre wie im Hochparterre:  
**Konzert** — auch während d. Mittagstafel.  
Zum Ausverkauf kommen 100 Tonnen Schultheiß-Wärzen.

**Gesangverein „Männerchor Oberspre“**  
Treptow-Nieder-Schöneeweide.  
Mitgl. d. D. A.-S.-B.  
Sonntag, den 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag),  
in den Concordia-Sälen (fr. Karpenteich, Inh. Rud. Pietsch)  
Treptow, Am Treptower Park 69:  
**Musikalische und gefangliche**  
**Abendunterhaltung,**  
verbunden mit humoristischen Vorträgen.  
Nachdem: **Gemütliches Beisammensein.**  
Der Ertrag wird für die im Felde stehenden Mitglieder verwandt.  
Anfang 8 Uhr. X X Eintritt 30 Pf.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.  
Sonnabend, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag):  
**Lieder-Abend**  
unter Mitwirkung des **Männerchors Namenlos**  
(Mitgl. d. D. A.-S.-B.). Dirigent: Herr Thilo, der  
Violinvirtuosin Fräulein **Dora von Möllendorf**  
und des Kammerängers Herrn **A. Siderman**, Bad.  
Anfang 7 Uhr.  
Eintrittskarten a 40 Pf. sind zu haben bei den Bezirksführern  
sowie in den mit Plakaten versehenen Geschäften und im  
Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 10/11. [216/13  
Guten Besuch erwartet! Der Vorstand.

Heute bis 9 Uhr geöffnet  
**Echte Pelz**  
**Garnituren**  
für Weihnachtsgeschenke  
**Großer Muff,**  
Schal oder Tierform  
beide Teile zus. 60, 75, 85 M.  
Fuchs, Marder, Seal, Feh.  
Spezialität: Skunks.  
Feder-  
leichte **Pelz-Hüte**  
zu bekannt billigen Preisen.  
**Wiener**  
**Pelzhaus**  
Leipziger Str. 41.  
(neben Konfektionshaus Maaßen.)  
Prämiert 1914 u. 1915 in Skunks.\*



Aus Groß-Berlin.

Abgabe von Reis und Hülsenfrüchten.

Die Abgabe von Reis und Hülsenfrüchten an die bedürftige Bevölkerung in Berlin erfolgt auch für den Monat Januar.

Zur Vereinfachung des Auslieferungsgeschäfts wird die Auslieferung an Kriegsunterstützte und Kriegserwitwen so vorgenommen, daß sie erfolgt:

- für die Inhaber von Unterstufungsbogen, deren Namen mit den Buchstaben A-G einschließlich beginnen, am Montag, den 3. Januar 1916, für die Inhaber von Unterstufungsbogen, deren Namen mit den Buchstaben H-L einschließlich beginnen, am Dienstag, den 4. Januar 1916, für die Inhaber von Unterstufungsbogen, deren Namen mit den Buchstaben M-R einschließlich beginnen, am Mittwoch, den 5. Januar 1916, für die Inhaber von Unterstufungsbogen, deren Namen mit den Buchstaben S-Z einschließlich beginnen, am Donnerstag, den 6. Januar 1916.

Alle übrigen Hilfsbedürftigen, soweit sie nicht von der Armenverwaltung oder der Arbeitslosenfürsorge unterstützt werden, müssen sich an die über das Stadtgebiet verteilten, für die Zwecke dieser Verteilung besonders eingerichteten Stellen des Nationalen Frauendienstes wenden.

Schwerhörigkeit und Krieg.

Es gibt kein körperliches Gebrechen, das so lähmend auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter einwirkt, wie die Schwerhörigkeit. Abgesehen von den leichten und heilbaren Fällen der Schwerhörigkeit, nimmt die fortschreitende und unheilbare Schwerhörigkeit (Otosklerose) eine besondere Stelle ein.

Der das Leben und die Gesundheit vernichtende Krieg wird durch die heftigen Artilleriekämpfe und im besonderen durch Infektionskrankheiten auch dazu führen, daß viele an ihrem Hörgang geschädigte Kriegsteilnehmer aus dem Felde zurückkehren werden, die ihren früheren Beruf infolge von Schwerhörigkeit werden aufgeben müssen.

Um nun den schwerhörig gewordenen Kriegsteilnehmern nach dem Kriege geeignete Erwerbsmöglichkeiten zu erschließen, beschäftigt der „Schwerhörigen-Verband“ (Berlin) nach Mitteilungen der Tageszeitungen an alle öffentlichen Stellen nachweise das Ersuchen zu richten, die im Kriege schwerhörig gewordenen, besonders zu berücksichtigen.

Den gehörgeschädigten Arbeitern kann daher nicht bringend genug geraten werden, sich um Rat und Arbeitsvermittlung in erster Linie an ihre einschlägige Berufsorganisation zu wenden.

Der Treptower Bebauungsplan.

Der Bebauungsplan für den mittleren Ortsteil von Berlin-Treptow, in dem der Hauptteil des in Privatbesitz befindlichen der Stadt Berlin stehenden Geländes liegt, ist gemäß § 1 des Baufluchtensgesetzes vom 2. Juli 1875 von dem Gemeindevorstand Berlin-Treptow im Einverständnis mit der Gemeindevertretung unter Zustimmung der Ortspolizeibehörde aufgestellt worden.

Was Kinder von den Zeppelinangriffen auf London denken sollen.

Die im 15. Jahrgang erscheinende Wochenschrift „Der Hauslehrer“, deren Inhalt nach der Absicht ihres Herausgebers Verthold Otto „für den geistigen Verkehr mit Kindern“ bestimmt ist, bringt seit Kriegsausbruch eine Aufgabereihe „Der Weltkrieg“ von W. Otto.

„Es kommt auch im Granatfeuer vor, daß einige Leute vor Schreck sterben; aber da sind es immer nur vereinzelte unter Tausenden, hier sind es acht unter einer recht geringen Zahl, die jedenfalls weit unter hundert bleibt; denn es handelt sich ja nur um die Ergebnisse des letzten Zeppelinangriffs.“

Diese „Wochenschrift für den geistigen Verkehr mit Kindern“ trägt kein Bedenken, neben die bekanntlich aus Personen von sehr verschiedener Widerstandskraft zusammengesetzte Bevölkerung einer Großstadt die aus gefundenen und kräftigen Männern ausgewählte Besatzung eines Schützengrabens zu stellen.

Die juristische Sprechstunde fällt am Weihnachtsheligenabend sowie am 1. und 2. Feiertag aus.

Aus dem Bestattungswesen der Stadt Berlin.

Der große Berliner Gemeindefriedhof bei Friedrichsfelde war im Verwaltungsjahr 1914/15 (1. April 1914 bis 31. März 1915), wie der Jahresbericht des Bestattungskuratoriums hervorhebt, nahezu voll belegt.

Ein Opfer von Mißhandlungen ist allem Anscheine nach die 85 Jahre alte Frau des Kaufmanns Ludwig Wischel aus der Ackerstraße 150-151 geworden.

Keine Nachrichten. Infolge eines Herzschlags stürzte gestern vormittag der 62-jährige erkrankte Eisenbahnfahrer Vippert an der Ecke der Münchener- und Tauentzienstraße von der Vorderplattform eines Straßenbahnwagens.

„In freien Stunden“, die für die deutsche Arbeiterkassette als sicherer Helfer zu gutem Lesestoff geschaffene Roman-Wochenschrift in Zeppelnhelgen, beginnt mit dem neuen Jahr einen neuen

Jahrgang. Wieder legt er mit bewährten Erzählern, echten Volkserzählern, ein und wieder werden die Erzählungen von Bildern begleitet, die ein ausgezeichneter Künstler, der Münchener Professor Joseph Damberger, beigezeichnet hat.

Das Poffentheater in der Linienstraße hat mit den beiden Neuheiten „Melonenbauern“ von Theo Galtien und „Reichhugge ist Trumps!“ von Leonhard Gaskel seinen dramatischen Bedarf für die nächsten Monate eingedeckt.

Die Zentrale für private Fürsorge hat für ihren Ausbildungslehrgang großes Interesse gefunden. Es wurden mehr als acht-hundert Hörerkarten ausgegeben und jeder einzelne Vortragsabend war von 400-500 Hörern besucht.

Aus den Gemeinden.

Fettverkauf in Tegel.

Folgende Verordnung des Gemeindevorstandes ist loben in Kraft getreten: Butter und Margarine darf in Geschäften, die mit diesen Waren handeln, nur an solche Käufer abgegeben werden, die eine Brotkarte als Ausweis vorlegen, die in der laufenden Woche gültig ist und der Serie XXXIV Nr. 27 001 bis 48 010 angehört.

Schmalzverkauf in Köpenick.

Das von den Händlern beschaffte Schmalz ist jetzt zum Teil eingetroffen und gelangt durch die Kleinhandlärer zur Verteilung. Der Magistrat hat den Verkaufspreis auf 3,10 M. pro Pfund festgesetzt.

Lebensmittelverkauf in Potsdam.

Der städtische Verkauf von amerikanischem Speck, der ungeräuchert abgegeben wird, ist jetzt eröffnet worden. Zum Wiederverkauf sind eine Anzahl Geschäftsleute in allen Stadtvierteln ausgewählt worden, die zum Pfundpreis von 2,10 M. an die Verbraucher den Speck abgeben müssen.

Aus aller Welt.

Kriegsnamen.

Das „Berl. Tageblatt“ schreibt: Es ist immer so gewesen: große Ereignisse spiegeln sich in der Namensgebung für die Neugeborenen wieder. Als Bismarck und Rottke das Deutsche Reich schmiedeten, wollte mancher Vater seinen Sprößling Bismarck oder Rottke nennen.

Feuer in einem Artilleriedepot. Rünker, 22. Dezember. (W. T. V.) In einer Zweigstelle des hiesigen Artilleriedepots brach gestern Abend Feuer aus. Dabei

Explosionen auch eine Anzahl der dort lagernden Geschosse. Da sich die einzelnen Lagernden Geschosse nacheinander erst allmählich entzündeten, zogen sich die Explosionen durch mehrere Stunden hin. Dabei zerplatzten in den angrenzenden Stadtteilen zahlreiche Fensterscheiben; auch wurden einige der umliegenden Baulichkeiten leicht beschädigt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

**General v. Emmich gestorben.** General der Infanterie v. Emmich, kommandierender General des 10. Armeekorps, ist in Hannover am Mittwochmorgen 9 Uhr General v. Emmich hat seinen Heldennamen durch die Eroberung der belgischen Festung Lüttich zu Beginn dieses Krieges erworben.

**Auf der Urlaubsfahrt tödlich verunglückt.** Ein trauriges Ende fand der 40jährige Landsturmann Kühne aus Dresden. Er war aus einem Lazarett entlassen und in die Heimat beurlaubt worden. Auf der Heimfahrt stürzte er unweit der Station Gurelow an der Ostbahn aus dem fahrenden D-Bug und wurde von einem Streckenwärter als Leiche neben dem Bahndamm aufgefunden.

**Wegen Kindesmord zum Tode verurteilt.** Das Kriegsgericht in Greifswald verurteilte ein 18 Jahre altes Dienstmädchen, das ihr drei Monate altes Kind in einem Teich ertränkt hatte, zum Tode. Die Angeklagte, die geständig war, hat die Tat begangen, weil ihr Bräutigam wegen Einberufung zum Militär die Alimente nicht mehr zahlen konnte und die Pflegemutter des Kindes auf Zahlung des Kostgelbes drängte.

**Eine geheimnisvolle Verhaftungsgeschichte wird aus Paris gemeldet.** Die dortige Polizei hat einen Angestellten des Brüsseler Geldwechslers Cramer wegen Unerforschlichkeit von Wertpapieren in dem Augenblick verhaftet, als er sich nach Amerika einschiffen wollte. Der Verhaftete lieferte die Papiere aus und erklärte zum Beweise seiner Zahlungsfähigkeit, daß er ein mit fünfundsiebzigtausend Frank besichertes Gemälde des Murillo besitze. Sein Gepäck wurde in Bordeaux beschlagnahmt und darin ein Gemälde der Madonna mit dem Kinde auf den Knien vorgefunden; das Werk ist nicht gezeichnet, aber von 1682 datiert. Der Verhaftete will es von einem italienischen Mönch zum Verkaufe in Amerika erhalten haben.

**Die Siphonarbeit am Panamakanal.** Verschiedentlich wurde über große Erdbeben im Gulebra-Abschnitt des Panamakanals berichtet. Allmählich wird über den Umfang dieser Verschüttungen die Wahrheit bekannt. Ende Oktober warteten 100 Schiffe auf die Öffnung der Schleusen, ihnen wurde aber empfohlen, den alten Weg ums Kap Horn zu nehmen, da in kurzer Zeit eine Öffnung nicht zu erwarten sei. Die abgestürzten Erdmassen sollen so groß sein, daß wohl ein volles Jahr vergehen wird, ehe die Öffnung erfolgen kann.

**Der schwarze Diamant.** Im New Yorker Zoo mußte jetzt infolge hohen Alters und zunehmender Absartigkeit der größte aller noch in den Vereinigten Staaten, wenn auch in Gefangenschaft lebenden Bisons, „Black Diamond“, erschossen werden. Das kolossale Tier, ein waches Prachtexemplar seiner Gattung, war eine berühmte und historische Persönlichkeit, da es seinerzeit Modell zu den Abbildungen eines Buffels auf den Gelddollarnoten und den Ridelmünzen der Vereinigten Staaten gestanden hatte. Sein

schwarzes, zottiges Fell soll jetzt in einer Ausbeute größter Art verarbeitet und dem Präsidenten Wilson als verspätetes Weihnachtsgeschenk überreicht werden.

### Parteiveranstaltungen.

**Neutönn.** Die Bibliothek des Wahlvereins ist vom 1. Weihnachtseiertage an bis einschließl. 3. Januar geschlossen. Im neuen Jahre erfolgt die Bücherausgabe für Erwachsene am Montag, Donnerstag und Sonnabend von 7 bis 9 1/2 Uhr abends, für Kinder Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 6 Uhr. Wir bitten, diese Notiz auszuscheiden und in das Mitgliederbuch zu geben.

### Weihnachtsveranstaltungen.

**Turnverein Nichte, 4. Schüler- und 6. Schülerabteilung.** Die Weihnachtsfeier findet wegen Einquartierung nicht in den Gemeinshäusern, sondern in den Prachshäusern des Oden, Frankfurt Allee 48, am 7. Dezember, statt.

**Neutönn.** Sonnabend, den 25. Dezember (1. Weihnachtseiertage) findet in den Pöhlshäusern, Bergstr. 151, abends 6 Uhr (Eröffnung 5 Uhr), eine Weihnachtsfeier des Jugendauschusses statt unter Mitwirkung von Fräulein Helene Anders (Gesang mit Klavierbegleitung), Fräulein Schröder (Kantate), Fräulein W. Fischer (Violine) und Herrn Paul Schramm (Klavier). Eintritt 20 Pf. sind in den Jugendheimen (Kogelstraße 15, und Schulstr. 55/56, Idealpassage), sowie am Pöhlshaus in den Pöhlshäusern zu haben. Garderobe 10 Pf.

**Am 2. Feiertag Wanderung nach den Rüggebergern.** Treffpunkt: Morgens 9 1/2 Uhr am Reuterplatz und Bahnhof Hermannstraße. Fahrgehalt 50 Pf. Abends in den Heimen gegenseitige Besichtigung der Jugend.

**Jugend- und Bildungsabend zum „Kurfürsten“.** Am 2. Weihnachtseiertage findet im großen Saal zum „Kurfürsten“, Berliner Str. 102, eine Weihnachtsfeier statt. Mitwirkende: Fräulein Friedel Hinge (Kantate), Fräulein Olga Colman (Vieder zur Laute), Auerbach: Reigenaufführungen und lebende Bilder. Eintrittspreis 24 Pf. Saalöffnung 5 Uhr. Anfang des Konzerts 8 Uhr.

**Weihnachtsfeier.** Sonntag, den 26. Dezember (2. Feiertage), abends 7 Uhr, findet im Arbeiter-Jugendheim ein Kunstabend statt. Für die regelmäßigen Heimbesucher findet am selben Tage nachmittags 4 Uhr eine Weihnachtsfeier im Heim statt.

**Waldmannslust-Hohen-Neuendorf.** Am 1. Feiertage findet im Hohen-Neuendorf im Lokal Störch ein gemütlicher Abend der Waldmannslust- und Hohen-Neuendorfer Jugend statt. Aufführungen der Jugendlichen. Auch die Eltern sind freundlichst hiermit eingeladen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Antragsblatt und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abdomentsanweisung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Die juristische Sprechstunde fällt am Weihnachtseiertage sowie am 1. und 2. Feiertage aus. — G. G. 15a. Der Verwalter ist zunächst verpflichtet, Ihnen die Briefkasten anzustellen. Nur wenn er Sie in der Wohnung nicht antrifft, haben

Sie sich die Briefkasten abzuholen. — G. G. 25. 1. Rein. 2. Der Antrag an den Nachlass könnte nur auf gerichtlichem Wege geltend gemacht werden. Anstehend ist der Nachlass in diesem Falle sehr gering, da er auch in viele Teile geht, und es würde sich wohl eine Versteigerung nicht lohnen. — G. G. 5. Nach einem in unserem Blatte veröffentlichten Beschlusse des Reichsgerichtes ist ein dahingehender Antrag an die Verwaltung des Nachlasses zu stellen. Amtsstr. 83-85. — G. G. 5. Adressen solcher Firmen finden Sie im Berliner Adressbuch, 2. Band, Teil 4, Seite 89-90. — Straußberg 100. 1. Das bezog sich nur auf Schleswig. 2. Optanten sind die Kinder der Bewohner einer amnestierten deutschen Provinz, die sich die deutsche Staatsangehörigkeit erwarben haben. 3. Darüber sind wir nicht informiert. — R. R. 24 und G. G. 20. 1. Ja. 2. Rein. — W. G. 14. 1. Dazu hat der Lehrer das Recht, 2. Geldkrasse kann von dem Eltern natürlich nicht verlangt werden. — B. Z. R. 83. Damit müssen Sie sich an einen Arzt wenden. — C. S. 10. Der Chef kann Sie in diesem Falle natürlich ohne Kündigung sofort entlassen, selbst wenn Sie sich die verfallene Zeit vom Gehalt abziehen lassen würden. Auch kann er Ihnen für die fehlende Zeit das Gehalt kürzen. — R. G. 78. Sie haften für die Miete und müssen auch, da Sie der Mieter sind, die Kündigung einhalten. Bei Ihrer Kündigung zum 1. Januar stellen Sie Antrag auf Mietrückzahlung. — Stargard Pom. 1. Geringer Herzfehler und schlechte Zähne; selbstständig. 2. Wenn im Mietvertrag nicht steht, daß, wenn die Kündigung an einen Mieter erfolgt, diese auch für den anderen Mieter gilt, so muß die Kündigung auch Ihnen zugestellt werden, nicht nur Ihrer Frau. — R. S. 17. Sie gelten als völlig ausgemüdet und dienstuntauglich wegen Verrentenkrankheit. — Streiffrage 33. Auch den kriegsgefangenen Frauen wird Unfähigkeit gezählt; allerdings muß die im Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit vorliegen. Anspruch auf Witwenrente haben Sie auf jeden Fall. — C. B. 100. Krampfadern, selbstständig. — W. W. 15. Sie hätten ohne Beilegung des ärztlichen Attestes den Antrag auf Rente stellen können. Es hätte genügt, auf den Arzt, der Sie jetzt in Behandlung hat, zu verweisen. Da der Arzt auf Ihre Aufforderung hin das Attest ausgestellt hat, kann er jetzt Zahlung von Ihnen verlangen. — R. S. 35. Rein. — G. R. 1. Sie müßten sich zunächst an den Vorstand der Renteversicherungskasse beschreiben und zwar zunächst dem Versicherungskassendirektor, Rostocker Str. 2. Da die Kasse jedenfalls nicht den Betrag unterzeichnet haben, so werden Sie kaum Mietunterstützung erhalten. Sollten Sie trotz oder erwerbsunfähig sein, so könnten Sie es immerhin mit einem Antrag versuchen. — Grich 18. Berlin hat keine „Mittelschulen“. Erst jetzt sind hier die Realhöfen. Diese geben das Einjährig-Requisit. Zum Volksschulamt wird man zugelassen mit Einjährig-Requisit als Hörer, mit Abiturienten-Requisit als Student. (Wir vermuten, daß Sie unsere Antwort auf Ihre frühere Anfrage nicht gelesen haben.) — C. B. 25. Rühres zu erfahren durch Dr. Schmidt, Berlin-Galeriestr., Paulsbörner Str. 2. — C. Z. 26. Rippenfell- oder Brustfellentzündung. — J. P. 13. Verlag Julius Eitzenfeld, Kaiserstraße 43-44.

### Eingegangene Druckschriften.

Lebensbilder aus der Tierwelt. Herausgegeben von H. Meierwald u. A. Töpel. 1.—3. Einheitsausgabe. Einzel 60 Pf. — Handb. d. künftigen Wandst. 500 farbige Probeabbildungen. 60 Bl. 8. Bielefeld, Leipzig. — Deutsche und österreichische Küche. Von J. Hampel. 1 Bl. Selbstverlag in Wien, Hauptstr. 37.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittig. Im Norden vorwiegend heiter und trocken, strenger Frost, im Süden (sowie im östlichen Küstengebiet etwas gelinder; zunehmende Bewölkung, leichte Schneefälle.

### Rester-Handlung.

Twill-Kammgarne, Garbadine, blau u. farbig, Meter 3,00 an Med. Kostüm- u. Rockstoffe, 130 breit . . . 2,25  
Mäntel-, Kleider- und Blusenseid., doppeltbr. 3,50  
Pilsch, Astrachan, Sammet, Krimmer, sehr billig.  
Reste zu Herren- und Knaben-Anzügen spottbillig.

### Konfektion

Gelegenheitskäufe:  
Uster, Jacketts . . . 10,00 an  
Pilsch- und Astrachan-Mäntel sehr billig.  
Kostüme } große 15,50 an  
Röcke } Auswahl 3,50  
Kindermäntel sehr billig.  
Gediegene Maßanfertigung.

**Paul Karle,**  
Warschauer Straße 18.

Zu allerbilligsten Tagespreisen empfehle in allen meinen Verkaufsstellen

# Butter, Eier, Käse Marmeladen und andere Nahrungsmittel in besten Qualitäten.

## J. F. Assmann

### Butter-Großhandlung.

35 Verkaufsstellen in Groß-Berlin.



**Herrenhüte,** nur Rearbeiten in de höchsten Qualitäten von **1.90, 2.40, 3.00, 3.50 und 4.50.**  
**Haarhüte** **1.50, 2.00, 2.50, 3.00, 3.50, 4.00, 4.50, 5.00, 6.00, 8.00.**  
**Zylinderhüte u. Chapeau claque** **1.50, 2.00, 2.50, 3.00, 3.50, 4.00, 4.50, 5.00, 6.00, 8.00, 10.00, 12.00 und 15.00.**  
**Haar- u. Wollvelour-Hüte** **1.50 bis 12.00.**  
**Ullsterhüte** **1.90, 2.40, 3.50 u. 4.00.**  
Größte Herrenhütegeschäft des Nordens. Lesern dieser Zeitung 5 Proz. Rabatt in bar!

**Alfred Krug,** Hutmacher- I. Gesch.: Brunnenstraße 54, II. „Schönhaus-Allee 115  
Bitte genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

### Keine Petroleum-Not!

Unvergleichlich helles Licht durch unsere vorzögl. **Carbit-Tischlampen.** Viel heller und billiger als Petroleum. (Brennstoffen p. Stunde nur 1/2 Pf.) Vollständige Lampe 4.50 M., fein vermindert 7.50 M. Jahrl. Dank für Versand d. Kasse von **Kogge & Bähr, Berlin, Mauerstr. 83/84**

### Stempelfabrik

**Robert Hecht,**  
Inh.: **Alfr. Schneller**  
Berlin S. 42, Ritterstr. 116.  
Liefert schnell und billig alle Arten  
**Stempel**  
in bester Ausführung.

### Teilzahlung

wöchentlich  
**1 Mark.**  
Grammophone  
Zithern  
Puppenwagen.  
**F. & H. Schmidt,**  
Petersburger Str. 23, nur I. Et.

# SINGER NÄHMASCHINEN

für Hausgebrauch und für den Erwerb.

Zu haben in den Läden mit nebenstehendem Schild oder durch deren Agenten.

**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Filialen in allen Stadtteilen.

### Bäcker- und Konditorei

**Bäckerei Nordstern**  
Inh. Gust. Müller  
Pillnise im Süden, Osten u. Ungerstr.  
**Marie Duge**  
Stralauer Allee 23  
Möb. Friseurfr. Nr. 14  
**Haus- u. Küchengerät**  
**Glas und Porzellan**  
Frankfurter Allee 166.  
**Carl Zerbe**  
**Schuh- u. Besohlenst.**  
**J. Heinrich**  
Feldberger Straße 36.

### Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten

Erscheint wöchentlich einmal. — Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

<b>Butter, Eier, Käse</b> <b>P. N. Ackermann, 8 Pillnise.</b>	<b>Mehlhandlgn.</b> <b>Joh. Pietsch</b> Königsberger Straße 26/27	<b>Uhren und Goldwaren</b> <b>Otto Friede</b> Uhren und Goldwaren Gollnowstraße 24.	<b>Kaffee-Versand</b> <b>Gerold</b>
<b>Fleisch u. Wurstwaren</b> <b>G. Tschl</b> Heidenfeld 7. Wurst-Spezialgeschäft.	<b>Photograph. Ateliers</b> <b>Hayn</b> , Frankfurt. Allee 52. geg. Ringstr. Frankf. Allee.	<b>Warenhäuser</b> <b>W. Wenzel</b> Frankf. Allee 52. Frankf. Allee 52 u. Andreasplatz.	<b>Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung</b> Berlin, Lützowstr. 94. Verlangte Sie Preisliste.
<b>Kolonialwaren</b> <b>Erich Bartsch, Berlin NO.</b> Landsberger Allee 49, Ebertystr. 2, Landsberger Allee 58.	<b>Wohn- u. Goldwaren</b> <b>ANN. LITZNER</b> Wilmbergstr. 84. Reparatur, gas. Müllg.	<b>Hohenschönhausen</b> <b>Adler-Apotheke</b>	

Die beste Reklame ist ein Inserat im „Bezugsquellen-Verzeichnis“

## Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- |   |   |   |
|---|---|---|
| <b>Centrum:</b> Albert S. d. n. i. f. d. K. d. r. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.   | <b>Eichwalde, Schmöckwitz:</b> Dörfel Mable, Bismarckstr. 4.  | <b>Ober-Schönevide:</b> Alfred S. d. e. r, Wilhelminenhofstr. 17, Laden Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  |
| <b>2. Wahlkreis:</b> S. u. S. W.: Gustav Schmidt, Bismarckstr. 42, an der Odenmauer. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.   | <b>Erkner, Neu-Zittau:</b> Gubela, Waldstr. 11.   | <b>Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg:</b> Rihmann, Nollensstr. 30. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.   |
| <b>3. Wahlkreis:</b> E. t. r. i. t. z. Pringensstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.  | <b>Friedensdorf-Petershagen, Eggersdorf:</b> Uffenwasser, Petershagen.  | <b>Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:</b> U. G. u. r. i. c. h. Wrodingstr. 56, Laden. Geöffnet v. 11-1/2 u. 4 1/2-7 Uhr.   |
| <b>4. Wahlkreis:</b> O. h. e. n.: Robert Wengels, Marxstr. 36. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr. — Karl W. e. l. l. e. r. 4. r. i. e. r. s. b. u. r. g. e. r. p. l. a. z. 4. (Laden). Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr. | <b>Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz:</b> G. B. e. r. n. e. e. r. e. Wittenstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.  | <b>Schöneberg:</b> Wilhelm S. u. m. e. r. e. r. Martin Lutherstr. 69, im Laden Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.  |
| <b>4. Wahlkreis:</b> S. d. o. h. e. n.: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.  | <b>Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche-Kl.-Schönebeck:</b> Ernst B. e. r. t. m. a. n. n. Friedrichshagen, Adp. n. i. e. r. S. t. r. a. s. e. 18.  | <b>Spandau, Nennendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen:</b> S. c. h. u. m. a. c. h. e. r. Dreierstr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.   |
| <b>5. Wahlkreis:</b> L. e. o. S. u. c. h. l. Annualestr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.  | <b>Grünau:</b> Franz Klein, Friedrichstr. 10.   | <b>Fegel, Borsigwalde, Wlittenau, Waldmannslust, Bernsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West:</b> Paul F. i. e. n. a. u. t. Bornigwalde, Räumstr. 19. Geöffnet von 11-1/2 u. von 4 1/2-7 Uhr. |
| <b>6. Wahlkreis (Noabit):</b> Salomon Kaleb, Wilhelmshavenstr. 48. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.  | <b>Johannisthal, Rudow:</b> Max G. e. n. i. c. h. u. r. Varstr. 23  | <b>Teltow:</b> u. S. c. h. u. l. z. Lindenstr. 17.  |
| <b>Wedding:</b> R. S. d. n. i. t. z. Müllerstr. 34a Ede Ulrechtstr. Laden Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.   | <b>Karlshorst:</b> Hermann B. i. l. l. i. n. g. Dönhofstr. 28.  | <b>Tempelhof:</b> Joh. K. r. o. s. h. u. r. S. o. r. i. u. s. t. r. 62.   |
| <b>Rosenthaler und Granichenburger Vorstadt:</b> R. W. o. l. g. a. t. Falstr. 9. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.  | <b>Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme:</b> Friedrich S. a. u. m. a. n. n. Ludenwalder Straße 5.   | <b>Treptow:</b> M. o. b. G. r. a. m. e. n. z. Kleingartenstr. 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  |
| <b>Gesundbrunnen:</b> F. i. s. c. h. e. r. S. a. l. t. a. n. n. str. 6, Laden. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.  | <b>Köpenick:</b> Emil W. i. l. h. e. r. Kiefernstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.  | <b>Weißensee, Heinersdorf:</b> Gust. R. o. h. l. o. p. f. Berliner Allee 11.  |
| <b>Schönhauser Vorstadt:</b> Karl M. a. r. z. Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.   | <b>Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen:</b> Otto S. e. i. f. e. l. Bartensbergstr. 1 (Laden). Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.  | <b>Wilmersdorf, Halensee, Schmaragdendorf:</b> Paul S. c. h. u. d. e. r. t. Wilhelmstr. 27.   |
| <b>Adershof:</b> Karl S. c. h. a. r. g. a. n. z. e. Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.   | <b>Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau:</b> R. R. o. l. e. n. t. r. a. n. a. R. u. t. b. o. r. g. e. n. 56. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.  | <b>Zossen:</b> H. e. r. n. e. b. e. d. Stubenrauchstr. 27.  |
| <b>Alt-Glienice, Falkenberg:</b> Wilhelm D. ä. r. z. e. Köpenicker Str. 6.  | <b>Mahlsdorf, Kniesdorf, Biesdorf:</b> F. H. e. y. b. e. r. g. R. a. u. s. b. o. r. t. A. e. r. d. i. n. a. n. d. s. t. r. a. s. e. 17.   |   |
| <b>Baumschulweg:</b> S. H. o. r. n. i. g. Marienbader Str. 18, 1.   | <b>Barienhof, Marienfelde:</b> August T. e. i. p. S. t. a. u. f. e. e. r. 29.   |   |
| <b>Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch:</b> Feinich B. r. o. z. e. Mühlensstr. 5, Laden.   | <b>Neuenhagen, Hoggengarten:</b> Gustav B. e. r. g. m. a. n. n. Adm. d. a. l. l. e. Ede Gartenstraße.   |   |
| <b>Bohnsdorf:</b> Paul G. e. n. i. c. h. Bohnsdorf, Genossenschaftshaus-„Paradies“.   | <b>Neukölln:</b> W. H. e. i. n. r. i. c. h. Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr; Neukölln, Br. i. t. z. R. o. h. r. S. i. e. g. f. r. i. e. d. s. t. r. a. s. e. 28/29. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr. |   |
| <b>Charlottenburg:</b> Gustav S. c. h. a. r. n. b. e. r. g. Eelenheimer Str. 1. Geöffnet von 11-1/2, und von 4 1/2-7 Uhr.   | <b>Nieder-Schönevide:</b> Wilhelm U. n. r. u. s. Bräudenstr. 10, II.  |   |
|   | <b>Nowawes:</b> Karl K. r. o. s. n. b. e. r. g. Friedrichsplatz 27.   |   |

Beantwortlicher Redakteur: Alfred Bielew, Neutönn. Für den Inseratenteil verantw.: Th. W. i. s. e. Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.